Nr. 250. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 10. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die wolhynische Festung Dubno genommen.

Erfolgreicher deutscher Vorstoß in den Argonnen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. September 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen brachen gestern nordöstlich von Vienne-le-Chateau unsere Württemberger und Lothringer Regimenter zum Angriff vor. Die durch die Artillerie vortrefflich unterstützte stürmende Infanterie setzte sich auf einer Frontbreite von über zwei Kilometer und einer Tiefe von 300 bis 500 Meter in den Besitz der feindlichen Stellungen und mehrerer Stützpunkte, darunter des von den Franzosen vielgenannten Werkes Marie-Therdse. 30 Offiziere, 1999 Mann wurden gefangen genommen, 48 Maschinengewehre, 54 Minenwerfer, eine Revolverkanone erbeutet.

Während der Nacht von vorgestern zu gestern wurden in London die Docks sowie die sonstigen Hafenanlagen und deren Umgebung ausgiebig mit Spreng- und Brandbomben belegt. Die Wirkung war recht befriedigend. Unsere Luftschiffe sind trotz heftigster Beschießung ohne jeden Schaden zurückgekehrt.

Deutsche Flugzeuggeschwader griffen Nancy an.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Von der Ostsee bis östlich von Olita keine wesentliche Veränderung.

Zwischen Jesivry und dem Njemen wehrt sich der Gegner hartnäckig; unsere Truppen nähern sich Skidel. Südlich des Njemen entzog sich der Feind der Niederlage, durch Rückzug hinter die Zelwianka; auf dem Westufer halten nur noch Nachhuten.

Die Heeresgruppe machte 3550 Gefangene und erbeutete 10 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auch hier ist die Zelwianka an den meisten Stellen unter Kämpfen mit feindlichen Nachhuten erreicht; südlich von Rozana ist der Uebergang über die Rozanka erzwungen. Oesterreichisch-ungarische Truppen gehen weiter durch den Wald nordöstlich von Sielec vor.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Bei Chomsk ist das Nordufer der Jasiolda gewonnen, durch unser Vorgehen nach Norden gezwungen, räumte der Gegner seine Stellungen bei Bereza-Kartuska.

Zwischen dem Sporowskie-See und dem Dniepr-Bug-Kanal haben wir weiter Boden gewonnen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der südlich von Ostrow über den Sereth vorgedrungene Feind ist auf seinem Nordflügel zurückgeworfen.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. September. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 9. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Unser Angriff in Wolhynien schreitet fort. Gestern wurde die russische Front nördlich von Olyka durchbrochen. Dubno, der zweite Punkt des wolhynischen Festungsdreiecks, ist genommen. In die Stadt ist gestern nachmittag österreichische Landwehrkavallerie eingerückt. Die flußaufwärts liegenden Sperrforts sind in unserem Besitz. Die Armee des Generals von Boehm-Ermolli ist an die obere Ikwa und über Nowo-Alecsiniec vorgedrungen. Die russischen Kräfte, die im Raume westlich von Trembowla über den Sereth vorgebrochen sind, wurden größtenteils wieder zurückgeworfen. In den Kämpfen, die hier gegen feindliche Ueberzahl stattfanden, griffen deutsche Gardebataillone unter dem Obersten v. Leu besonders erfolgreich an. Am unteren Sereth und am Dnjestr herrschte verhältnismäßig Ruhe. Bei der gestern berichteten Eroberung der feindlichen Stellungen von Nowostolka—Kostiukowa hatte im Kampf zu Fuß die von Feldmarschalleutnant von Brudermann geführte Kavallerie hervorragenden Anteil. Von den im Jasioldagebiet kämpfenden österreichisch-ungarischen Streitkräften gewannen Teile die Gegend von Michalin südlich von Rozany.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die allgemeine Ruhe hält an. Im Raume von Schluderbach vertrieben unsere Truppen schwächere feindliche Abteilungen, die gegen unsere Popenastellung vorfühlten, durch Feuer. Ebenso wurden zwei italienische Kompagnien, die im Paralbagebiet einen unserer Stützpunkte angriffen, zurückgeschlagen und feindliche Patrouillen, die den Monte Ciadenis ersteigen wollten, abgeschossen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der gestürzte Großfürst.

Von Richard Gädke.

Mit einem Worte blutigen Hohns hat der Gewaltige Abschied von seinem Heere genommen: „Ich glaube fest, daß Ihr jetzt, da der Zar, dem Ihr Euren Eid geschworen habt, Euch führt, neue nie zuvorgesehene Waffentaten vollbringen werdet. Ich glaube, daß Gott von heute ab seinem Auserwählten, dem Zaren, seine allmächtige Hilfe verleihen und Euch zum Siege führen wird".

Wenns nun nicht glückt, wenn es vielleicht gar schlechter als bisher gehen sollte, dann ist in den Augen des rechtgläubigen Volkes der Zar von Gott gezeichnet, ist nicht mehr der rechtmäßige Zar. In seinem Innern aber ist der Großfürst natürlich fest überzeugt, daß das, was der eisernen Faust des großen Onkels nicht gelang, dem schwanken Willen des kleinen Neffen nun und nimmer gelingen wird. Er weiß, daß das russische Heer, das er diesem übergibt, nicht besser, sondern schlechter ist, als das, mit dem er selbst vergebens um den Sieg gerungen.

Es ist nicht leicht, den Großfürsten als Feldherrn schon jetzt richtig zu beurteilen. Unzweifelhaft hat er bei der Durchführung seiner Operationen Fehler begangen — aber welcher Feldherr hätte keine begangen? Eine hervorstechende Eigenschaft des großen Führers wird ihm niemand absprechen dürfen, die eiserne Willenskraft, mit der er im Innern des Heeres Ordnung geschaffen und unablässig das Höchste von ihm verlangt hat, die Entschlossenheit, mit der er um den Sieg gekämpft und sich durch widriges Schicksal nicht beugen ließ. Einer der wenigen Männer, die das moderne Rußland geformt hat, und auch nur formen konnte, weil er von vornherein an so hoher Stelle stand. Diesem Willen aber fehlte keineswegs die militärische Intelligenz und die Erfahrung des Handwerks. Er war in jedem Falle ein Feldherr, der über dem Durchschnitt stand.

Ein Teil seiner Irrtümer liegt klar auf der Hand.

Sein anfänglicher Kriegsplan: Zurückhaltung der noch nicht fertigen Mitte hinter der starken Weichselfront, Vorbrechen mit überlegenen Massen auf beiden Flügeln gegen Ostpreußen wie gegen Galizien war gut und nach den besten Mustern angelegt. Er scheiterte im Norden an der überlegenen Strategie Hindenburgs und an der unentschlossenen, zaudernden Führung Rennenkampfs. War der Großfürst, wie man sagt, damals persönlich in Insterburg, so fällt dieser erste Fehler auf ihn selbst, den Höchstkommandierenden, zurück.

In Galizien aber, gegen die Oesterreicher, glückte der Plan überraschend gut. Mit überlegenen Massen von Norden, Osten und Südosten angefallen, mußten sich ihre Armeen rasch zurückziehen. Binnen 6 Wochen fiel fast ganz Galizien in die Hand des Siegers, dessen Vortruppen über die Karpathen hinüber nach Ungarn streiften.

Dann kam Hindenburgs Einfall in das westliche Polen, der das verbündete Heer von schwerem Druck befreite. Er veranlaßte den Großfürsten zu seinem ersten folgenschweren Fehler, die Hauptmacht seines Heeres nach Polen zu werfen und nun hier in der Mitte über die schützende Weichsellinie hervorzubrechen, so daß er beide Flanken den feindlichen Gegenangriffen preisgab. Ein Führer wie Hindenburg, dem die überlegene Manövrierfähigkeit seines Heeres und das dichtmaschige Bahnnetz zur Verfügung stand, benutzte das sofort, um die Strafe an ihm zu vollstrecken. Im November- und Dezemberfeldzug mußte das von Norden her angegriffene Russenheer nach schweren Verlusten gegen die Weichsellinie zurückweichen, konnte sich selbst dort nur hinter starken Verschanzungen halten. Und doch; man kann nicht sagen, daß sich nicht auch hier die Gelegenheit zum Siege bot und daß der Großfürst sie versäumt hätte. Wenn er in den Tagen vom 22. zum 24. November, bei Lowitsch, bei Brezinn und Lodz, deutsche Truppen unter seinem Befehl und russische gegen sich gehabt hätte, so wäre wahrscheinlich ein glänzender Sieg die Folge seiner Operationen gewesen.

Als die große Offensive seiner Mitte mißglückt war, kam er folgerichtig wieder auf seinen ersten gesunden Plan zurück, die Entscheidung auf beiden Flügeln zu suchen. Im Norden sammelte er erst allmählich ein neues Heer, die matten Angriffe der schlechter gewordenen Truppe brachen sich ausnahmslos an den starken deutschen Werken, gegen Ende Januar ward das Heer von Hindenburgs Feldherrnkunst abermals zersprengt.

Aber die Hauptentscheidung suchte der Großfürst mit richtigem militärischen und politischen Blicke im Süden, an den Karpathen. Hier versammelte er alles, was das riesige Reich

Deutsche Marineluftschiffe bombardieren London.

Amtlich. Berlin, 9. September. (W. T. B.) Unsere Marineluftschiffe haben in der Nacht vom 8. zum 9. September den Westteil der City von London, ferner große Fabrikanlagen bei Norwich sowie die Hafenanlagen und Eisenwerke von Middlesborough mit gutem Erfolge angegriffen. Starke und zahlreiche Brände wurden beobachtet. Die Luftschiffe wurden von den feindlichen Batterien heftig beschossen. Sie sind sämtlich wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

London, 9. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Pressebureau teilt mit: Feindliche Luftschiffe suchten gestern nacht die östlichen Grafschaften und London heim und warfen Bomben ab, durch die Brände und Unglücksfälle verursacht wurden.

London, 8. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Pressebureau meldet: Drei Zeppeline haben in der letzten Nacht die östlichen Grafschaften heimgesucht und Bomben abgeworfen. Abwehrkanonen feuerten auf sie und Flugzeuge stiegen auf, konnten die Luftschiffe aber nicht finden.

Die Festung Dubno.

Fünfzehn kleine Wohnhäuser wurden zerstört oder ernstlich beschädigt. Eine große Zahl Türen und Fenster gingen in Trümmer, an mehreren Stellen brach Feuer aus, das sofort gelöscht wurde. Sonst wurde kein ernstlicher Schaden angerichtet. Folgende Unfälle werden gemeldet: Getötet zwei Männer, drei Frauen, fünf Kinder; verwundet dreizehn Männer, sechzehn Frauen, vierzehn Kinder. Ein Mann und zwei Frauen, die wahrscheinlich unter den Trümmern begraben wurden, werden vermißt. Alle sind Zivilpersonen mit Ausnahme eines Soldaten, der verwundet wurde.

an Truppen liefern konnte, und nötigte auch den Gegner, die Entscheidung des Krieges in diesem Gebiete anzunehmen. Der Plan hatte eine Zeitlang manche günstige Aussicht für sich; vielleicht wäre der russische Feldherr durchgedrungen, wenn er wirklich die äußerste Rechte der Verbündeten über die Ostkarpathen, durch die Bukowina und Bessarabien einzuwickeln versucht hätte. Auch politisch konnte diese Angriffsrichtung glückliche Folgen zeitigen. Er näherte sich hier den Rumänen und den Serben.

Anstatt dessen suchte er den Sieg dort, wo das Land selbst den geringsten Widerstand zu bieten schien, im Norden, gegen die Duklasenke. So kam es zu einem Frontangriffe, der seinerseits jeden Augenblick vom Dunajec her in die rechte Flanke genommen werden konnte. Schärfer und schärfer trat die blutige Brutalität seiner Kriegführung hervor; in immer wiederholten Massenstürmen hetzte er, durch die Schauer eines eisigen Winters, seine todmüden Sklaven trotz der furchtbarsten Verluste gegen die österreichisch-deutschen Stellungen. Durch die Knute und den Revolver der Offiziere, durch die Maschinengewehre, die hinter der Front den zurückflutenden Linien Tod und Verderben drohten, suchte er zu ersetzen, was seinem Heere an moralischer Kraft gebrach. Der Gewaltmensch suchte den Massen, die gar nicht sterben wollten, seinen rücksichtslosen Willen einzuhämmern und einzuprügeln. Und brach damit zusammen, und bereitete die kommende Niederlage vor. Die Deutschen hatten rechtzeitig die dünnere österreichische Linie so verdichtet, daß sie dem verzweifelten Stürmen des Gegners erfolgreich widerstehen konnte. Hier fiel die Blüte des russischen Heeres, seine Kerntruppen wandelten sich in ein Rekrutenheer ohne Offiziere. Als nun Mackensens Flankenstoß kam — denn die Schlacht am Dunajec war eine echte und rechte Umfassungsschlacht, wie alle großen Siege der Weltgeschichte, nicht der Durchbruch, zu dem man sie hat stempeln wollen — da nahte der Anfang vom Ende. Das Spiel war aus.

Seinen Rückzug hat der Großfürst den Ueberlieferungen seines Volkes und seines Heeres entsprechend ausgeführt:

„Und feierlich nach alter Sitte
Umwandelnd des Theaters Rund
Mit langsam abgemessenem Schritte
Verschwinden sie im Hintergrund."

Es ist eine Streitfrage, was richtiger ist: dem Gegner immer an der Klinge zu bleiben oder sich lieber von ihm rasch zu lösen, um das Heer erst wieder herzustellen und innerlich zu kräftigen. Russische Sitte, wie gesagt, ist das erstere. In jedem Fall kann niemand leugnen, daß der Feldherr im einzelnen seine Anordnungen mit hohem Geschick getroffen und sein Heer aus einer recht bedenklichen Lage leidlich herausgebracht hat.

Wenn seine Angriffspläne endgültig gescheitert sind, so liegt es doch nicht allein an seinen Fehlern: die Sünden seines Staates und seiner Regierung, die Versäumnisse, die Verderbtheiten, die Brutalitäten von Jahrhunderten, die Unterdrückung eines in dumpfer Unwissenheit verzagenden Volkes haben sich an ihm gerächt. Auch wer gut fechten kann, wird mit einem stumpfen Schwerte der scharfen Klinge des Gegners unterliegen. — Eine Regierung, die Sklaven züchtet, kann nicht erwarten, daß aus ihnen plötzlich Helden werden.

Die Rolle des Großfürsten mag doch noch nicht ausgespielt sein. Jedenfalls werden die Türken im Kaukasus seine Anwesenheit bald merken. Er wird Leben in die Bude bringen.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 9. September. (W. T. B.) Die gestrige Mitteilung des Großen Generalstabes besagt: An der Front Riga—Dünaburg ist die allgemeine Lage unverändert. Ein Versuch der Deutschen am 7. September, in der Umgegend der Bahnstationen Groß-Eckau und Neugut vorzudringen, wurde zurückgewiesen. Der Kampf am Flusse Lawtz (Daudse?) dauert an. Um eine besser gedeckte Stellung einzunehmen, haben unsere Truppen sich ein wenig vom rechten Flußufer entfernt. In der Richtung Dünaburg nur kleine Vorpostengefechte. Auf den Straßen von Wilna keine wesentlichen Veränderungen. Gegen die Durchgänge zwischen den Seen, in der Gegend von Nowy Troki, welche unsere Truppen besetzt halten, richteten die Deutschen ein heftiges Geschützfeuer mit Stickgasgeschossen. Bei dem Flecken Orany machte der Feind am 7. September einige Angriffsversuche. In der Richtung Grodno dauern hartnäckige Angriffe der Deutschen in der Gegend der Eisenbahnen beim Bahnhof Druskeniki und bei Skidel an. In dieser letzteren Richtung warfen wir den Feind zurück, brachten ihm große Verluste bei und machten einige Dutzend Gefangene. Südlich vom Njemen macht der Feind in der Gegend von Wolkowysk zu beiden Seiten der nach Slonim führenden Eisenbahn außerordentlich hartnäckige Angriffe.

An den Straßen von Luzk nach Rowno keine Veränderung. In der Umgegend von Dubno und Kremenec haben wir neue Stellungen am Oberlauf der Flüsse Ikwa und Goryn bezogen.

In Galizien haben wir bei Tarnopol am 7. September einen großen Erfolg über die Deutschen davongetragen. Nach Angaben von Gefangenen bereiteten die 3. Garde-Division und die 48. Reserve-Division der Deutschen, verstärkt durch eine österreichische Brigade und zahlreiche schwere Artillerie, sich seit mehreren Tagen eifrig auf einen entscheidenden Angriff vor, welcher auf die Nacht zum 8. September angesetzt war. Unsere Truppen kamen dem Feinde zuvor, ergriffen die Offensive, und nach einem hartnäckigen Kampfe am Doljonka-Fluß gegen abend des 7. September wurden die Deutschen vollständig geschlagen. Am Ende des Kampfes eröffnete der Feind jedoch nach Aussagen unserer Truppen ein Geschützfeuer von außerordentlicher Heftigkeit; nur die Möglichkeit, mit gleich starkem Feuer zu erwidern, verhinderte uns, den erreichten Erfolg auszubeuten. Außer ungeheuren Verlusten an Toten und Verwundeten verloren die Deutschen mehr als 300 Offiziere und 8000 Mann an Gefangenen. Außerdem nahmen wir 30 Geschütze, darunter 14 großen Kalibers, viele Maschinengewehre, Munitionswagen und andere Kriegsbeute fort. (Schon gestern ist durch den deutschen Heeresbericht darauf hingewiesen worden, daß diese Nachricht gänzlich unzutreffend ist. Die Red.)

Nach kurzer Verfolgung nahmen unsere Truppen ihre vorherigen Stellungen am Sereth wieder ein. Als der Zar Bericht von der dem Feinde beigebrachten Niederlage erhielt, befahl er, unseren tapferen Truppen seine Freude und seinen Dank für den errungenen Erfolg und die dem Feinde beigebrachten schweren Verluste auszusprechen.

Weiter südlich in der Gegend von Trembowla warfen wir den Feind am 7. September aus einer Reihe von Dörfern und machten über 40 Offiziere und — bis jetzt — 2500 Soldaten zu Gefangenen, nebst 3 Kanonen und etwa 10 Maschinengewehren. Zwischen dem Dnjestr und dem linken Ufer des unteren Sereth gingen die Oesterreicher im Laufe des 7. September in der Gegend des Dorfes Woniatynzo zum Angriff über. Durch Flankenangriffe eines unserer Bataillone wurde die Offensive des Feindes zum Stehen gebracht. Wir nahmen den Oesterreichern 11 Offiziere und mehr als 1000 Mann nebst einigen Maschinengewehren ab.

Das glückliche Entkommen unserer Armeen aus der schwierigen Stellung auf dem Kriegsschauplatz an der Weichsel fängt an, Ergebnisse zu zeitigen, die sich zunächst in Teilerfolgen zeigen.

•

Petersburg, 9. September. (W. T. B.) Großfürst Nikolaus ist nach dem Kaukasus abgereist.

•

Amtlich. Berlin, 9. September. (W. T. B.) Der amtliche russische Bericht vom 8. September über Erfolge bei Tarnopol bezieht sich auf die Ereignisse, die im deutschen Tagesbericht vom 8. September geschildert sind. Der russische Bericht ist, wie jeder Sachverständige sofort bei genauerer Prüfung erkennen muß, frei zu dem durchsichtigen Zweck erfunden, die Uebernahme des Oberbefehls seitens des Zaren durch erdichtete Erfolge zu verherrlichen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. September. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag. Die Nacht war durch einige Artilleriekämpfe in Belgien nördlich Ypern, im Artois um Arras, im Gebiete von Roye und auf den Plateaus zwischen Oise und Aisne gekennzeichnet. An mehreren Stellen der Front in der Champagne zwischen Reims und den Argonnen Kämpfe mit Bomben, Gewehrfeuer und Eingreifen der Artillerie ohne Infanteriegefechte. In den Argonnen heftiges Geschützfeuer im Abschnitt von La Harazée. Ziemlich lebhafte Kanonade in Nord-Woëvre. Die Nacht verlief auf der übrigen Front ohne Zwischenfall. Fünf deutsche Flugzeuge warfen vormittags Bomben auf das Plateau von Malzeville, verursachten jedoch keinen Schaden. Aus Nancy meldet man einige Opfer. Unsere Flugzeuge bewarfen bei einem gemeinsamen Unternehmen mit englischen Marinefliegern die Flugzeugschuppen in Ostende. Eines unserer Flugzeuggeschwader belegte das Flugfeld von Saint Médard und den Bahnhof von Dieuze mit sechzig Granaten.

Paris, 9. September. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend. Noch immer lebhafter Artilleriekampf um Arras, im Roye-Gebiet, zwischen Oise und Aisne und auf der Front in der Champagne. Im Westteil der Argonnen machten die Deutschen Mittwoch vormittag nach einer heftigen Beschießung unter ausgiebigem Gebrauch von Geschossen mit erstickenden Gasen einen von zwei Divisionen unternommenen Angriff. Sie faßten an einigen Stellen in unseren vorgeschobenen Schützengräben Fuß. Infolge unseres heftigen Gegenangriffes scheiterte ihr neuer Versuch, unsere Front zu durchbrechen. Wegen des Bombardements von Nancy durch deutsche Flugzeuge belegte ein französisches Luftgeschwader die Militärgebäude von Frescaty und den Bahnhof von Metz mit Bomben.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. September. (W. T. B.) Heeresbericht von gestern. Von ihren Stellungen im Hochtale der Camonica aus traf unsere Artillerie wiederholt die Mandronschutzhütte am Eingang des Tales von Genova und vertrieb die feindlichen Truppen, die sie besetzt hielten. Auf der Hochfläche nordwestlich von Arsiero bekämpft die feindliche Artillerie vergeblich unsere Stellungen am Monte Maronia, die weiter fest in unserem Besitz sind. Im Tale von Alvisio wurden die Nürnberger Hütte und die benachbarte große Baracke auf dem Südwestabhang des Marmolata-Massivs durch unser Feuer vollkommen zerstört. Im Cadore-Gebiet drangen unsere Truppen vor, indem sie im ganzen Bereich des Monte Croce Comelico (Kreuzberg) die Offensive ergriffen. Einige feindliche Stellungen wurden besetzt; unser Angriff mußte jedoch angesichts der starken Verteidigungsstellungen des Feindes an Punkten, die schon von Natur furchtbar sind, eingestellt werden. Ein Geschwader feindlicher Flugzeuge hat gestern kurz nacheinander zwei Angriffe auf eines unserer Flugfelder im Gebiet des unteren Isonzo gemacht und dort 37 Bomben abgeworfen. Glücklicherweise ist keinerlei Schaden, weder an Menschen noch an Sachen, zu beklagen. Während des zweiten Angriffes stiegen unsere Flugzeuge inmitten der platzenden Bomben kühn auf, aber das feindliche Geschwader entfernte sich schnell. Auf dem Rückwege warfen die feindlichen Flugzeuge noch Bomben auf eines unserer Truppenlager und töteten drei Soldaten. Cadorna.

Von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 9. September. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Im Abschnitt von Anaforta sind, wie sich feststellen ließ, am 8. September durch die Wirkung unseres gegen die feindlichen Stellungen südlich von Azmakdere gerichteten

Der russische Rückzug und die Dardanellen.

Von Richard Gädke.

Man wird der tatsächlichen Lage im Osten doch nicht gerecht, wenn man einfach in den Spott unserer Zeitungen einstimmt über die zahlreichen Pressestimmen des Vierverbandes, die zu sehr durchsichtigen Zwecken in ihm den Gipfelpunkt strategischer Weisheit sehen wollen. Natürlich sind die Russen geschlagen, zuerst zweieinhalb Monate hindurch durch Mackensens glorreiche Truppen in Galizien, dann auch wieder seit dessen Einschwenken nach Norden hin im südlichen Polen zwischen Weichsel, Wieprz und Bug. Ermöglicht und erleichtert wurden diese Siege durch das gleichzeitige erfolgreiche Vorgehen von Hindenburgs Heerhaufen im Norden gegen die befestigte Narew- und Bobr-Linie. Die Siege, die bei Prasznysz am 14. Juli und bei Zielona am 15. Juli nach mehrtägigen Kämpfen errungen wurden, haben offenbar die Widerstandskraft der gegen Norden fechtenden russischen Armeen schwer erschüttert und schließlich endgültig gebrochen. Auch die Ereignisse in Litauen und Kurland im äußersten Norden des Kriegsschauplatzes haben Anteil an den Erfolgen in Polen. Die feindliche Heeresleitung hat dorthin gewiß nicht nur Truppen dritten Ranges entsandt, die von Petersburg und aus dem Innern des Reiches kamen. Nach dem sehr hartnäckigen Widerstande, der der Armee Below entgegengesetzt wurde und noch wird, muß man vielmehr schließen, daß auch schlagkräftige Truppen von Süden her, aus der Frontlinie entnommen, auf der Bahn gegen sie herangeführt wurden. Das mußte aber in Gegenwirkung die Widerstandsfähigkeit der polnischen Front vermindern.

Der allgemeine Rückzug der Heere des Zaren von Westen nach Osten ist also gewiß nicht freiwillig erfolgt, nach klugdurchdachtem Plane, um die Deutschen tiefer und tiefer nach Rußland hineinzulocken und durch den Vormarsch selbst mehr und mehr zu schwächen; also nach Kutusows Muster, der übrigens auch nicht freiwillig handelte und die glückhaften Folgen gar nicht übersah, die ihm des französischen Imperators Ungestüm in den Schoß warf. Erst aus der Wirkung hat man dann einen tiefdurchdachten Plan des gedankenarmen Greises herausdestilliert.

Also auch diesmal hat der freilich höher zu bewertende Großfürst seine Scharen nicht freiwillig zurückgeführt, sondern unter dem grausamen Gebot des Zwanges, den ihm das deutsche Schwert auferlegte. Wie der Rückzug dann aber durchgeführt wurde, das war gar nicht übel und verdient die Anerkennung auch des Gegners. Ohne daß man darum seinen Blick für die Fehler zu verschließen braucht, die auch hierbei begangen wurden. Alles Menschenwerk ist Stückwerk, besonders wenn es in so drangvoll fürchterlicher Enge vollzogen wird, wie dort.

Man muß hierbei bedenken, daß das russische Heer bereits gegen Mitte Juli einen schweren Mangel an Subalternoffizieren hatte, der um so empfindlicher war, als er nicht durch ein tüchtiges Unteroffizierkorps ausgeglichen werden konnte. Hatte es doch schon bis zum 20. November des vergangenen Jahres nicht weniger als 9702 tote, 3679 gefangene Offiziere als dauernden Verlust zu verzeichnen; dazu kamen 19 511 verwundete Offiziere, im ganzen ein Abgang von 32 892 Offizieren. Nun denke man an die weiteren Verluste, besonders bei den wütenden Karpathenstürmen. Gewiß wird der gegenwärtig seit Monaten stattfindende winzig geringe Betrag an gefangenen Offizieren nicht dem wirklichen Verhältnis der vorhandenen Offiziere zur Mannschaft entsprechen. Aber auch in Nowo-Georgiewsk, wo die Offiziere doch keine Möglichkeit fanden, vor der Uebergabe aus der Festung zu entweichen, kam auf rund 89 Mann nur ein Offizier, ein Verhältnis, das nun mehr als das doppelte schlechter ist als bei allen anderen Heeren. Und dabei bedarf niemand mehr als der Russe der Führung durch tüchtige, entschlossene Vorgesetzte.

Die Größe unserer Siege ist wesentlich der vernichtenden Massenwirkung unserer schweren Artillerie zuzuschreiben, deren materielle und moralische Wirkung auf den Gegner eine entsetzliche gewesen ist. Darin stimmen alle deutschen Teilnehmer des Feldzuges, alle Kriegsberichterstatter überein. Den Russen aber fehlte es je länger je mehr an Geschützen und in höherem Maße noch an Munition. Die vorhandene Artillerie wurde zurückgehalten, um ihren Verlust möglichst zu vermeiden. Dem russischen Fußvolke fehlte es also an einer Gegenwirkung gegen unser furchtbares Geschützfeuer; es hat ihm aber auch an Gewehren und Schießbedarf gefehlt; seine Bataillone setzten sich zum großen Teil aus flüchtig ausgebildeten Rekruten zusammen, während man im Frieden drei volle Jahre für ihren Drill als notwendig ansah.

Man wird zugeben müssen, daß unter diesen Umständen der Rückzug des russischen Heeres an sich nicht leicht war. Nun vergegenwärtige man sich aber seine Lage während der letzten Tage des Juli. Seine Westfront war damals noch westlich der Weichsel vor Warschau und Iwangorod, sein rechter polnischer Flügel stand bei der Bobrfestung Ossowice, sein linker unmittelbar nördlich Cholm. Die Deutschen stießen umfassend vor, etwa gegen die Linie Bialystok—Brest-Litowsk. Von der russischen Mitte westlich Warschau bis dahin ist in der Luftlinie ein Weg von 190 Kilometer zurückzulegen, von Ossowice im Norden aber nur von 60, von Cholm im Süden von 105. Das deutsche Heer stand mit seinen Flügeln der russischen Rückzugslinie ganz erheblich näher als das russische Zentrum westlich der Weichsel.

Für Großfürsten Nikolaus kam es also darauf an, mit den Flügeln so lange standzuhalten, bis seine Mitte die obengenannte Linie erreicht hatte. Diese Aufgaben haben seine Truppen, wenn auch selbstredend unter sehr schweren Verlusten, gelöst. So sehr gelöst, daß in den letzten sechs Wochen die deutsche Mitte fast 300 Kilometer, unser linker Flügel nur 60, unser rechter etwa 200 Kilometer zurückgelegt hat. Darin ist immerhin eine ganz anerkennenswerte Leistung der feindlichen Widerstandskraft zu erblicken.

Man spricht von der Auflösung des russischen Heeres, von den Zuständen hinter seiner Front. Es wird dort sicher nicht so aussehen wie in einer preußischen Kasernenstube vor der Besichtigung durch den Oberst. Gewiß wird der innere Halt teilweise erheblich gelitten haben. In meinem letzten Berichte habe ich dies genügend hervorgehoben. Aber in unserem eigenen Interesse werden wir uns auch hier vor Uebertreibungen hüten müssen. Gerade auf dem entscheidenden rechten Flügel, in Kurland und am Njemen, leisten sie uns fortdauernd einen sehr tätigen, auch von einzelnen Erfolgen begleiteten Widerstand. Das Eingreifen des neuen Oberkommandierenden der Nordfront, des Generals Rußki, scheint sich hier in den letzten zehn Tagen deutlich bemerkbar gemacht zu haben. Weder Wilna noch Riga waren am 6. September von uns besetzt, und von Dünaburg waren wir noch 80 Kilometer entfernt.

Auch im Südosten führen die Russen ihre Verteidigung noch immer sehr aktiv, der russische Bär macht immer von neuem Front und schlägt mit seinen Pranken auf den verfolgenden Gegner ein.

Daß also der russische Feldzug schon jetzt ein abschließendes Ergebnis gehabt hätte, darf niemand sagen, der sich nicht selbst täuschen will. Das Heer hat sicherlich beispiellose Verluste erlitten, es hat an Wert eingebüßt und ist zu angriffsweiser Umkehr bei weitem nicht befähigt. Seine Widerstandskraft ist aber andererseits noch nicht endgültig gebrochen und, wie es scheint, die Widerstandskraft der Regierung und der herrschenden Stände ebenso wenig. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß rein militärisch Rußland noch nicht ans Ende seiner Kräfte gelangt ist.

Nun scheint ihm aber die Zufuhr an Schießbedarf und auch an Geschützen durch Japan bei weitem nicht zu genügen, und wirtschaftlich wiederum scheint die Möglichkeit, seinen Ueberfluß an Getreide ausführen zu können für seinen weiteren Widerstand vielleicht nicht die entscheidende aber jedenfalls eine sehr große Bedeutung zu besitzen. Kein Zweifel, daß es darum auf die Oeffnung der Dardanellen und den Fall Konstantinopels ein zunehmendes Gewicht legt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir neuen, gewaltigen Anstrengungen des Vierverbandes in dieser Richtung entgegenzusehen haben. Ohne den Einsatz großer neuer Streitkräfte würde England in kurzer Frist vor der Liquidation des verlustreichen, abenteuerlich begonnenen Unternehmens stehen und damit eine große Einbuße an moralischem Ansehen in der ganzen Welt erleiden. Es könnte sogar der Anfang vom Ende sein. Diese Erwägung, noch mehr vielleicht als die russischen Wünsche, werden es bestimmen, neue Streitgenossen gegen Konstantinopel zu suchen. Glaubt es doch hier den schwachen Punkt der Zentralmächte gefunden zu haben, von wo aus es ihre weit überragende militärische Stellung aus den Angeln heben könnte. Mit unter diesem Gesichtspunkte werden wir die verhältnismäßige Ruhe auf dem westlichen und auf dem südwestlichen Kriegsschauplatze zu betrachten haben. Es scheint nicht als ob England den in Frankreich sich fühlbar machenden Mangel an Neubildungen durch Absendung eigener Verstärkungen abhelfen wolle. Darum wohl denkt Joffre in absehbarer Zeit nicht an eine große Offensive, durch die er die Entscheidung des Krieges herbeiführen könnte. Er weiß aus den dreimaligen Erfahrungen des Frühjahres genau, daß sie ohne gewaltige Zahlenüberlegenheit keine Aussicht auf Erfolg bietet.

Aber auch die Lage der Dinge in Oberitalien ist militärisch nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß Italien seine Reserven anderswo einsetzen will oder vielleicht anderswo einsetzen soll als an seiner Nordostgrenze. Wir werden daher die Entwicklung der Dinge an den Dardanellen im Auge behalten müssen.

Artilleriefeuers Explosionen von Munition und Granaten in den feindlichen Schützengräben verursacht worden. Bei Ariburun schleuderte der Feind Bomben mit giftigen Gasen gegen unseren linken Flügel, konnte jedoch keine Wirkung erzielen. Bei Sedd ul Bahr gab es nur schwaches gegenseitiges Feuer. An den anderen Fronten keine Veränderung.

Vom U-Bootkrieg.

London, 9. September. (W. T. B.) Der Dampfer „Dictator" der Harrison-Linie aus Liverpool ist versenkt worden. Die Besatzung von 42 Mann wurde gerettet.

Brest, 9. September. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. 18 Mann vom Dampfer „Guatemala" (5913 Tonnen groß) sind auf hoher See von dem englischen Dampfer „Argo" aufgenommen und in Brest gelandet worden. Sie erklärten, daß, als ihr Schiff sich gestern morgen auf der Höhe von Belle Isle befand, ein deutsches Unterseeboot aufgetaucht sei und 8 Granaten abgeschossen habe, wovon eine die „Guatemala" traf. Auf Befehl des Unterseebootes bestieg die Besatzung die Boote, das Schiff wurde torpediert. Wie weiter gemeldet wird, ist der Rest der Besatzung von dem Dampfer „Iceland" aufgenommen und in Saint Nazaire gelandet worden.

Bordeaux, 9. September. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Dampfer „Bordeaux" hatte Saffi am 2. September morgens verlassen und befand sich am 7. September um 5 Uhr morgens zwölf Meilen vom Kap Coubre, als ein Kanonenschuß auf ihn abgefeuert wurde. Der Kapitän befahl, mit Volldampf weiterzufahren, aber das Unterseeboot setzte das Feuer fort, wobei der Dampfer von drei Granaten getroffen wurde. Das Unterseeboot manövrierte, um das Schiff von der Seite zu fassen und eine Granate drang unter der Wasserlinie ein. Der Dampfer „Bordeaux" begann sich nach Steuerbord zu neigen. Der Kapitän ließ jetzt drei Rettungsboote zu Wasser, worin die Besatzung Platz nahm. Das Unterseeboot näherte sich und stellte sich quer vor den Dampfer, den es dann torpedierte. Das Schiff legte sich nach Backbord über und ging unter, da es ein ungeheueres Leck erhalten hatte. Das Unterseeboot blieb an der Stelle, bis der Dampfer „Bordeaux" untergegangen war, und verschwand sodann nach Norden. Das Unterseeboot hatte keine Flagge gesetzt, war grau angestrichen und hatte weder ein Abzeichen noch eine Nummer. Die Besatzung des Dampfers, die die größte Kaltblütigkeit gezeigt hatte, wurde von einem Lotsendampfer aufgenommen und in Royan gelandet.

Wen vertritt der Londoner „Economist"?

Seit einiger Zeit beschäftigen sich gewisse bürgerliche Blätter von der Farbe Oertel-Reventlow und Georg Bernhard in eigenartiger Weise mit dem Londoner „Economist". Aeußerungen dieses Blattes über Friedenstendenzen werden in einer Weise als Aeußerungen der Londoner City oder gar Einbläsereien der englischen Regierung ausgelegt, die ihnen einen ganz falschen Sinn und Zweck unterstellt und nur geeignet ist, das deutsche Publikum irrezuführen. Es erscheint daher am Platze, dieser Sache einige Worte zu widmen.

Da ist nun zuerst festzustellen, daß der „Economist", eine der ältesten Wochenschriften Englands, weder ein Organ der englischen Regierung noch Mundstück der Londoner Citykaufmannschaft ist. Er ist eine durchaus unabhängige wirtschaftspolitische Wochenschrift, die, wenn man von Dienst reden will, im Dienste einer Idee oder Theorie redigiert wird, und zwar der Freihandelsidee, wie sie von ihren berühmten Vorkämpfern Bright und Cobden verfochten wurde, denen der Freihandel ebenso sehr Theorie der politischen Völkerbeziehungen wie Doktrin einer bestimmten Handelspolitik war. Entsprechend dieser Lehre ist der Redakteur des „Economist", Fred W. Hirst, ausgesprochener Pazifist. Er hat vor dem Kriege in der schärfsten Weise alle Maßnahmen der englischen Regierung bekämpft, die nach seiner Auffassung dem Frieden abträglich waren, und ist während des Krieges darauf bedacht, ein möglichst objektives Urteil sich zu bewahren und in seinem Leserkreis Sinn und Verständnis für die Bedingungen eines vernünftigen Friedens rege zu halten. Da in England, wie ja anderwärts auch, weite Kreise der Geschäftswelt Interesse am Frieden haben, kann man sicher sein, daß Friedensartikel des „Economist" stets auch ein Echo bei einem mehr oder minder großen Teile der Citykaufmannschaft finden. Es heißt aber die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man den „Economist" die Rolle einer Wetterfahne der City spielen läßt. Diese Aufgabe erfüllen ganz andere Blätter. Gerade der „Economist" hat vielmehr mit den maßgebenden Wortführern der Londoner City öfter im Kampfe gelegen, als er sie auf seiner Seite hatte. Er gehört zu den charakterfestesten Zeitschriften Englands.

Man darf daher auch nicht die Mitteilungen des „Economist" über Friedensmöglichkeiten als Ausfluß des Bewußtseins von einer drohenden Besiegung Englands ansehen. Das sind sie so wenig, wie etwa Friedensartikel in den Spalten des „Vorwärts" Ausdruck eines ähnlichen Empfindens auf deutscher Seite sein würden.

Größere Nachgiebigkeit der Verbandsmächte in der Friedensfrage.

„Nya Dagligt Allehanda, Stockholm, vom 2. 9. enthält folgende Betrachtungen: Es scheint, als ob der Vierverband anfängt, die heilsame Tugend der Anspruchslosigkeit zu lernen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß man durch Herabsetzen der früheren Forderungen dem Frieden nähergekommen ist.

Von Italien liegt allerdings eine solche Aeußerung nicht vor; aber Italien wird sich wohl schließlich mit der Behandlung begnügen müssen, die ihm die Mittelmächte angedeihen lassen, und seine Verbündeten dürften kaum zu Opfern bereit sein für den „Mohren, der seine Schuldigkeit getan hat".

Ein russischer Minister hat einem Hamburger Blatt gegenüber erklärt, daß das Zarenreich eigentlich nur noch ein einziges Kriegsziel hat, nämlich Konstantinopel und die Dardanellen. Der Wunsch nach Ostpreußen ist ihm nach Tannenberg, der Appetit auf Galizien im Mai vergangen. Nun bleiben nur noch die Dardanellen. Von einem Zermalmen Oesterreichs ist keine Rede mehr.

Die französische Regierung erklärte jüngst in der Kammer, daß sie unerschütterlich an der Wiederherstellung Belgiens und der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens als Kriegsziel festhalte. Früher wollte man Deutschland in Stücke schlagen und es gleichsam vom Erdboden verschwinden lassen. Jetzt hört man kein Wort mehr vom linken Rheinufer, oder von einer Entschädigung Belgiens durch Deutschland.

Was England betrifft, so ist vielleicht nicht genug beachtet worden, eine wie starke Herabsetzung des Kriegszieles in Greys Brief an die Zeitungen lag. „Deutschland kämpft um die Oberherrschaft und um einen Tribut. Wenn dem so ist, und so lange es so ist, kämpfen unsere Verbündeten und wir." Hinter dem Trotz, der in diesen Worten liegt, kann man das Zugeständnis Großbritanniens lesen, daß es nur noch negative Kriegsziele hat, und daß man es zur Abwehr gezwungen hat. England will nichts mehr gewinnen, sondern nur hindern, daß die Deutschen etwas gewinnen. Der britische Minister wiederholt nicht den Gedanken, daß Deutschland zum Range einer kleinen Macht herabsinken soll. Er begnügt sich mit dem berühmten status quo ante.

Aus alledem geht hervor, daß die Verbandsmächte anfangen, mit sich reden zu lassen. Im Zusammenhang damit kann man sich erinnern, daß „Economist" dieser Tage die Theorie des Gleichgewichts der Mächte verfochten hat. Ein Niederwerfen Deutschlands und einer Zerstückelung Oesterreichs kann von niemand, der englische Politik versteht, als eine Politik der Beibehaltung des Gleichgewichts angesehen werden. „Economist" schließt, daß der Frieden nicht so entfernt oder unerreichbar ist, wie viele glauben.

Bulgarien und die Türkei.

Sofia, 9. September. (W. T. B.) Nach Meldungen hiesiger Blätter hat sich der Ministerpräsident Radoslawow einer Abordnung von Sobranjemitgliedern gegenüber dahin geäußert, daß die Beziehungen Bulgariens zur Türkei ausgezeichnet seien. Bulgarien sei faktisch bereits im Besitze der Bahnlinie nach Dedeagatsch. Die türkisch-bulgarische Grenze verlaufe entlang dem Tundschafluße bis Karagatsch, welches Bulgarien zufalle, dann

Die neue türkisch-bulgarische Grenze.

bis Soflu, zwei Kilometer östlich der Maritza, von Soflu bis Enos am linken Maritzaufer. Die Stellung des Ministeriums sei sehr fest. Es rechne auf die Vaterlandsliebe seiner politischen Gegner, namentlich der Bauernbündler, und beabsichtige nicht, die Sobranje aufzulösen. Radoslawow glaube nicht an ein gemeinsames Vorgehen Serbiens, Rumäniens und Griechenlands gegen Bulgarien. Falls Bulgarien kämpfen müsse, werde es dies nur auf einer Front zu tun brauchen.

Von den englischen National-Sozialisten.

London, 9. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Versammlung des sozialistisch-nationalen Verteidigungskomitees in Bristol nahm eine Entschließung an, worin die unloyalen Umtriebe der kleinen, nicht repräsentativen Gruppe pazifistischer Fanatiker verurteilt und alle Friedensvorschläge zurückgewiesen werden, durch die nicht die Freiheit Belgiens, Nordfrankreichs, Elsaß-Lothringens und Polens hergestellt wird. Das Mitglied des Unterhauses, Hodge, das den Vorsitz führte, sagte, Ramsay Macdonald habe erklärt, daß trotz alles Geschehenen eine Abordnung zur internationalen sozialistischen Konferenz nach dem Kontinent entsendet werden sollte. Seiner Ansicht nach sollten die Gewerkschaften derartige Mitglieder aus der Arbeiterpartei ausschließen.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

London, 9. September. (W. T. B.) Die gestrige Debatte im Gewerkschaftskongreß in Bristol über die Wehrpflicht dauerte anderthalb Stunden. Die Redner sprachen sich einstimmig gegen die Wehrpflicht aus. Die Debatte richtete sich namentlich gegen die Preßkampagne. Der Präsident Seddon sagte, man solle die Nation nicht in einen großen Konflikt treiben, der in einem Augenblick, wo die nationale Einheit wesentlich sei, das Volk spalten würde. Der Delegierte Shaw erklärte, die Northcliffepresse beschmutze das eigene Nest, dergleichen wäre in Deutschland unverständlich. Jeder Deutsche, ob Konservativer oder Sozialdemokrat, spräche von Deutschland als einem Lande, das an der Spitze der Nationen marschiere. Ein Redner sagte, auch wenn die Regierung die Wehrpflicht einführen wollte, wäre es Pflicht der Arbeiter, ihre organisierte Kraft und ihren Einfluß dagegen einzusetzen. Eine Resolution, die sich für das freiwillige System und gegen die Preßagitation für die Wehrpflicht erklärte, wurde einstimmig angenommen. Die Resolution wurde sofort Asquith, Lloyd George und Kitchener telegraphisch mitgeteilt. Ein Zusatzantrag, der die Einberufung eines neuen Kongresses vorschlug, falls die Regierung die Wehrpflicht einführen wollte, kam nicht zur Abstimmung.

*

London, 9. September. (W. T. B.) Die liberalen Blätter begrüßen die Resolution des Gewerkschaftskongresses gegen die Wehrpflicht. „Daily News" schreibt: Die gestrige Debatte bewies, daß die Haltung der großen Masse der britischen Arbeiter eine entschiedene Opposition gegen den Staatszwang bedeutet, soweit er den Militärdienst betrifft. Auf der anderen Seite bezeichnet „Daily Telegraph" den Entschluß des Kongresses als bedauerlich. Die „Times" will aus der Debatte entnehmen, daß die Arbeiter die Entscheidung der Regierung abwarten und auf sie hören werden, wenn sie die Wehrpflicht für notwendig erklärt. „Daily Mail" meint, die Resolution sei nicht das letzte Wort der Arbeiterklasse.

*

London, 9. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Gewerkschaftskongreß in Bristol hat mit 600 gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, in der er sich verpflichtet, die Regierung soviel wie möglich zu unterstützen, um den Krieg mit Erfolg fortsetzen zu können. Das Mitglied des Unterhauses Seddon erklärte, der Krieg sei gerechtfertigt, wenn auch nur zehn Prozent der Berichte über die Unmenschlichkeit, Raubsucht und Zerstörungswut der Deutschen wahr seien. Kapitalistisch sei der Krieg nicht.

Freiwillige Werbung oder Zwang?

London, 9. September. (W. T. B.) Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News" berichtet: Der Ausschuß des Kabinetts, der über die Heeresverstärkung beriet, hat seinen Bericht fertiggestellt und schlägt darin vor, die Ergänzung der einzelnen Bataillone bezirksweise durch freiwillige Anwerbung durchzuführen und, wenn diese erfolglos bleibe, die notwendige Zahl aus dem betreffenden Bezirk zwangsweise auszuheben. Die Mehrheit des Ausschusses — Curzon, Chamberlain, Churchill — ist für diesen Plan, die Minderheit — Crewe und Henderson — gegen diese Form der Wehrpflicht. Der Mitarbeiter des Blattes glaubt, daß das Kabinett den Vorschlag ablehnen wird und bezeichnet Balfour und Lansdowne als Gegner der Wehrpflicht.

Neue Arbeiterstreiks in England.

London, 9. September. (W. T. B.) Unter den Bergleuten von Südwales herrscht abermals Unruhe. 2500 Mann haben wegen Einstellung nicht organisierter Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

London, 9. September. (W. T. B.) Der „Times" zufolge ist die Bewegung unter den Eisenbahnern in Südwales auf die Agitation der Bergleute zurückzuführen.

Die Anklage gegen den Mörder von Jaurès.

Paris, 9. September. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Untersuchungsrichter hat den Mörder von Jaurès, Villain, vor die Anklagekammer unter Beschuldigung des mit Vorbedacht ausgeübten Mordes verwiesen.

„Avanti" gegen das Denunziantentum.

Rom, 9. September. (W. T. B.) In einem Leitartikel des „Avanti" wird mitgeteilt, daß Salandra in Padua geäußert habe, man solle diejenigen nicht als schlechte Italiener ansehen, die am Vorabend des Krieges den Krieg nicht gewollt hätten. Die Italiener müßten jetzt alle einig sein. Der „Avanti" bemerkt dazu, daß Salandra, wenn es ihm mit seinen Ermahnungen zur Einigkeit ernst sei, zuerst darauf dringen müsse, daß jenes Denunziantentum und Spionagewesen über persönliche Dinge, wie es die Regierung jetzt begünstige, schleunigst beseitigt werde. Die Regierung habe jeder Privatperson den Schutz ihrer Ehre dadurch unmöglich gemacht, daß Anklagen wegen Verleumdung erst einen Monat nach dem Ende des Krieges zur Verhandlung zugelassen würden. Wenn es der Regierung bisher auch gelungen sei, die berechtigte Entrüstung der Oeffentlichkeit zu unterdrücken, so dürfe sie sich jedoch keinerlei Täuschungen darüber hingeben, daß ein derartiges System noch lange andauern könnte. Zum Schluß hängt der „Avanti" das Denunziantum des sattsam bekannten belgischen Abgeordneten Lorrand niedriger, der den italienischen Abgeordneten Ferri denunziert hat. Lorrand habe bei seinen Reden in Rumänien über das belgische Martyrium für jede Hetzrede 500 Fr. erhalten.

Bulgarische Drohungen.

Wien, 8. September. (W. T. B.) Die „Südslawische Korrespondenz" meldet aus Sofia: Das Organ der bulgarischen Regierung „Narodni Prava" veröffentlicht eine Erklärung über die Lage, die in politischen Kreisen das größte Aufsehen erregt und sehr lebhaft erörtert wird. Es heißt darin: Sobald alle Mittel einer friedlichen Verständigung versagen, sieht sich ein Staat, der seine nationale Selbstbestimmung erreichen will, gezwungen, die bewaffnete Macht anzuwenden. Für die bulgarische Oeffentlichkeit wird es immer klarer, daß unsere ehemaligen Verbündeten um nichts in der Welt aufhören werden, das unglückliche Mazedonien zu knechten, so lange die bulgarische Macht nicht zu Worte kommt. Der bulgarischen Regierung, welche alle Mittel, selbst jenes der direkten Einmischung der Ententemächte zur Erreichung einer Verständigung unter den Balkanstaaten erschöpfte, bleibt nur noch übrig, sichere und wirksamere Mittel zu suchen, um die nationalen bulgarischen Ideale, für die Tausende geopfert wurden, zu verwirklichen.

*

Mailand, 9. September. (W. T. B.) Die „Sera" erfährt aus Rom, daß große Manöver des bulgarischen Heeres begonnen haben, die sich unweit der serbischen und der griechischen Grenze abspielen.

Ein Mitglied der Sobranje ermordet.

Sofia, 9. September. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des Präfekten von Xanthi haben unbekannte Personen gestern vormittag das Mitglied der Sobranje Mehmed Pascha überfallen und durch Revolverschüsse getötet. Sein Diener wurde schwer verwundet.

Geheimnisvolle Andeutungen von Venizelos

Paris, 8. September. (W. T. B.) Der Athener Berichterstatter des „Petit Parisien" hatte eine Unterredung mit Venizelos, welcher erklärte, das Kabinett und seine Freunde wüßten, was sie zu tun gedächten. Er könne und wolle nichts sagen. Er habe seinen Posten in einem schwierigen Augenblick angetreten und suche seinen Weg wiederzufinden. Er werde keinerlei Erklärung in der Kammer abgeben und auf keine Frage antworten. Er werde in der Stille arbeiten, um Ordnung und Harmonie wiederherzustellen.

Ententefeindliche Bewegung in Persien.

Ispahan, 8. September. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Terroristen bedrohen den russischen und französischen Konsul und die Leiter der russischen und englischen Bank mit dem Tode. Gendarmen bewachen die Behausungen der Bedrohten. Die Lage in der Stadt ist bedrohlich; die russische und englische Kolonie haben Befehl zur Abreise erhalten.

Letzte Nachrichten.

Vom letzten Zeppelinangriff auf Ost-England.

London, 9. September. (W. T. B.) Das Pressebureau teilt mit: Beim letzten Zeppelinangriff auf die östlichen Grafschaften und den Londoner Bezirk wurden zwanzig Personen getötet, vierzehn schwer verwundet und zweiundsiebzig leicht verletzt. Alles sind Zivilpersonen, mit Ausnahme von vier Soldaten, von denen einer getötet und drei verwundet wurden.

Die Dumba-Affäre.

London, 9. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „New York Tribune" erklärt: Als Botschafter Dumba seiner Regierung vorschlug, die österreichisch-ungarischen Untertanen dazu zu bewegen, ihre Arbeit in den Munitionsfabriken einzustellen, hatte Graf Bernstorff bereits eine ähnliche Arbeit unter den Deutschen begonnen. Vor mehr als Monatsfrist erhielten die deutschen Munitionsarbeiter Mitteilung, daß eine derartige Arbeit das deutsche Gesetz verletze und die, welche damit fortführen, die Folgen zu tragen hätten, während denen, die davon abließen, geholfen werden würde. In den Zeitungen des ganzen Landes wurden Anzeigen veröffentlicht, in denen die Deutschen aufgefordert wurden, solche Arbeitsstätten zu verlassen, und ihnen, wenn sie die Arbeit niederlegten, Geld und gute Stellen in „friedlichen Industrien" versprochen wurden.

Beschießung der kleinasiatischen Küste.

Konstantinopel, 9. September. (W. T. B.) Aus Smyrna wird gemeldet, daß zwei feindliche Kanonenboote etwa 20 Granaten gegen den Leuchtturm Utschsemer im Hafen von Karatoprak an der anatolischen Küste bei Budrum abschossen. Am folgenden Tage beschoß ein feindliches Kriegsschiff mit ungefähr 30 Granaten den Hafen von Ekindschik (südlich vom See Koejdschiehez bei Marmaris). Das Kriegsschiff entsandte ein Boot, auf dem sich zehn griechisch sprechende Männer befanden, an die Küste. Die Besatzung des Bootes ging in einem nahe der Küste gelegenen Garten ans Land. Als aber der Gendarmerieposten auf die Männer schoß, beeilten sie sich, auf das Kriegsschiff zurückzukehren. Sie hatten einen Toten und einige Verwundete.

Gewerkschaftliches.

Das wachsende Arbeiterinnenheer.

Das wachsende Arbeiterinnenheer.

Die starke Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit, die bisher während des Krieges festgestellt wurde, ist außer den fortwährenden Einberufungen von männlichen Arbeitskräften zum Heeresdienst wohl zum größten Teil auf die zum Lebensunterhalt nicht ausreichende Unterstützung der Kriegerfrauen und die anhaltende Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel zurückzuführen. Tausende von Frauen und Mädchen, die früher keinem Erwerb nachgingen, sind jetzt gezwungen mitzuverdienen, um wenigstens einigermaßen bestehen zu können. In welchem Grade seit Anfang dieses Jahres auf der einen Seite die männlichen Beschäftigten abgenommen, die weiblichen aber zugenommen haben, ersieht man nur aus den Statistiken der Krankenkassen. Nach diesen Feststellungen betrug die Zu- (+) resp. Abnahme (—) der:

	männlichen Beschäftigten	weiblichen Beschäftigten
Januar .	— 41 534 = 0,96 Proz.	+ 26 693 = 0,78 Proz.
Februar .	— 8 828 = 0,20 „	+ 77 275 = 2,60 „
März . .	— 48 408 = 1,01 „	+ 66 607 = 2,07 „
April . .	+ 62 058 = 1,30 „	+119 558 = 3,66 „
Mai . .	— 68 279 = 1,41 „	+ 31 938 = 0,92 „
Juni . .	— 97 807 = 1,97 „	+ 12 220 = 0,34 „
Juli . .	— 91 185 = 2,00 „	+ 40 594 = 1,20 „

Die Zahl der männlichen Beschäftigten hat hiernach nur mit Ausnahme des Monats April ständig abgenommen, während die Zahl der weiblichen Beschäftigten unaufhaltsam gestiegen ist. Eine Summierung der einzelnen monatlichen Ergebnisse kann man aber leider nicht vornehmen. Dies würde, da nicht immer die gleichen Krankenkassen berichtet haben, kein genaues Bild geben. Es dürften aber zu Ende Juli mindestens eine halbe Million Arbeiterinnen mehr beschäftigt gewesen sein, als zu Anfang des Jahres. Manche von diesen müssen jetzt Arbeiten verrichten, die weit über ihre Kräfte hinausgehen. Dazu kommt noch, daß fast alle diese Kriegsarbeiten Eilaufträge sind und demzufolge mit großer Hast gearbeitet werden muß. Sehr oft kommt es auch vor, daß die Arbeiterinnen genau wie die Arbeiter Ueberstunden, ja selbst Nachtschichten machen müssen.

Bei aller Anerkennung für derartige Leistungen in der jetzigen schweren Zeit ist doch die Frage aufzuwerfen: leidet dabei der weibliche Organismus nicht derart, daß ein dauernder Schaden für unsere Nachkommenschaft zu befürchten ist? Setzt man sich aber auch darüber noch in der Kriegszeit hinweg, so sollte man es doch als einen selbstverständlichen Akt der Gerechtigkeit halten, daß die Arbeiterinnen für die gleichen Leistungen dann auch den gleichen Lohn bekommen. Aber leider ist das nicht der Fall. Genau wie in Friedenszeiten, benützen die Unternehmer auch die jetzige Zeit dazu, ihren Gewinn durch die billigere Arbeitskraft der Arbeiterinnen noch zu erhöhen. Den organisierten Arbeitern, besonders aber den Vertrauensleuten, erwächst dadurch die Aufgabe, mehr noch als bisher auf die Entlöhnung der Arbeiterinnen zu achten, sowie ihre Aufklärung und Organisierung zu fördern. Denn nur dies ist eine Voraussetzung dafür, daß unter dem Zustrom weiblicher Arbeitskräfte die Arbeitsbedingungen gehalten und weiter verbessert werden. Wer jetzt die so günstige Zeit zur Organisierung der weiblichen Mitarbeiter nicht ausnutzt, trägt mit Schuld daran, wenn nach dem Kriege das Gegenteil eintritt.

Deutsches Reich.

Reichstarifvertragsverhandlungen für das Schneidergewerbe.

Zur Fortsetzung der Wiederherstellung eines Reichstarifs für das Schneidergewerbe, der bekanntlich am 1. März 1917 in Kraft treten soll, hatten sich die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und der drei Gehilfenverbände am Montag und Dienstag in Frankfurt a. M. eingefunden. Es wurde zunächst festgestellt, daß über den Hauptvertrag Uebereinstimmung erzielt ist bis auf den von der Regreßpflicht handelnden Paragraphen. Die Arbeiter lehnen es grundsätzlich ab, auf die dahinzielende Forderung der Unternehmer einzugehen. Ferner wurden die vertagten Anträge der Gehilfenverbände zum Lohntarifmuster und die noch strittigen Positionen beraten, welche zu Positionen zwingenden Rechts, d. h. zu solchen erhoben werden sollen, welche unter allen Umständen überall bezahlt werden müssen. Ueber die Mindestlohnsätze für die Extraarbeiten des Lohntarifmusters wurde eine Einigung noch nicht erzielt. Die Unternehmer und die Arbeiter werden am 1. Oktober gleichzeitig ihre Angebote und Forderungen austauschen und im November in einer neuen gemeinsamen Zusammenkunft darüber beraten.

Eine weitere Frage, die mit dem Reichstarif nicht in direktem Zusammenhange steht, ist die der Regelung des Arbeitsnachweises. Schon vor mehreren Jahren wurde die Regelung dieser Frage versucht, sie ist aber gescheitert an der sogenannten Agitationsklausel, auf die der Verband der Schneider und Schneiderinnen nicht eingehen will. In den Räumen der Arbeitsnachweise sollte verboten werden, die Auszahlung von Unterstützungen, die Einkassierung von Beiträgen usw.; auch jegliche Agitation sollte unterbleiben. Die Vertreter vom Verbande der Schneider wollten ein solches besonderes Verbot nicht ausgesprochen haben. Nach ihrer Meinung sollte es genügen, wenn zu Protokoll erklärt wird, daß sie nicht beabsichtigen, dergleichen Organisationsarbeiten in den Arbeitsnachweiseräumen verrichten zu lassen. Mit Rücksicht auf die bei Beendigung des Krieges unbedingt erforderliche Regelung des Arbeitsnachweises wird auf Antrag des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen in der nächsten Zusammenkunft versucht werden, auch diese Frage einer Lösung näher zu bringen.

Ausland.

Erfolgreicher Seidenarbeiterstreik in der Schweiz.

In Bremgarten (Kanton Aargau) legten infolge Lohndifferenzen die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Der von den Streikenden herbeigerufene Textilarbeitersekretär Nußbaumer von Zürich konnte in den Unterhandlungen mit der Firma Honegger u. Cie. die Forderungen der Streikenden durchsetzen, worauf sie die Arbeit wieder aufnahmen. Bei diesem Anlaß wurde dann eine Sektion des Textilarbeiterverbandes gegründet. Diese nach erfolgreicher und kostenloser Erledigung des Streiks gegründete Gewerkschaft wird hoffentlich nicht nur eine Eintagsfliege sein.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 24 der „Neuen Zeit“ vom 10. September 1915 hat folgenden Inhalt: Ed Bernstein: Vom geschichtlichen Recht der Kleinen. — F. Zinis: Die sozialökonomischen und nationalen Verhältnisse in den „deutschen“ Ostseeprovinzen. — Fr. Mehring: Kriegsgeschichtliche Probleme. (Fortsetzung.) — Notiz. — Literarische Rundschau: Prof. A. Philippson, Das Mittelmeergebiet, seine geographische und kulturelle Eigenart. — Deutsche Kolonialgesellschaft, Die Kolonien der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika. — Parvus, „Die Glocke“.

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von E. Bernstein. Heft 9: **Oesterreich-ungarisches Rotbuch.** 40 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

In der Broschüren-Serie **„Die Mächte des Weltkrieges“**, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist soeben das 4. Heft erschienen. Es behandelt: „Serbien und die Serben.“ Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 30 Pf. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das serbische Volk vor der Türkenherrschaft. — Die türkische Invasion. — Unter türkischem Joch. — Der Befreiungskampf. — Entwickelung der inneren Zustände seit der staatlichen Selbständigkeit. — Wirtschaftliche und soziale Zustände. — Die österreichisch-serbischen Beziehungen. — Die bosnische Frage. — Die Katastrophe.

Von derselben Serie sind früher erschienen: „Das Zarenreich“; „Die Türkei und Aegypten“; „Oesterreich-Ungarn“. Preise wie oben.

Ueber den Zweck der Broschürenserie sagt der Herausgeber, daß durch sie die elementarsten Kenntnisse von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen der am Weltkriege beteiligten Länder vermittelt werden sollen, um dadurch die kriegerischen Ereignisse beurteilen und verstehen zu können.

Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Aeußeren in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt. 50 Pf. Mittler u. Sohn, Berlin, Kochstr. 68—71.

Was jeder Soldat von den Geschlechtskrankheiten wissen muß. Von Dr. Baumann. 15 Pf. A. Pulvermacher u. Co., Berlin W. 30.

A. Wertheim — Billige Lebensmittel

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Wurstwaren

Zervelat- u. Salamiwurst	Pfund	2.50
Plockwurst	Pfund	2.40
Bauernmettwurst	Pfund	2.30
Berliner Mettwurst	Pfund	2 M.
Rollschinken ca. 6—8 Pfd.	Pfund	2.80
Mausschinken ca. 2—3 Pfd.,	Pfund	2.60
Schinkenspeck in Stücken von 1½-4 Pfd.	Pfund	2.40
Preßkopf in Stücken v. ca. 1 Pfd.	Pfund	1.40
Landleberwurst	Pfund	1.50
Jagdwurst	Pfund	2 M.
Rotwurst	Pfund	1.70 1.30

Für Feldpostbriefe

Landleberwurst	Dose	1.90
Sardellenleberwurst	Dose	2.40
Halberstädter Würstchen	Dose	1.50
Würstchen mit Sauerkohl	Dose	1.25
Bratwurst	Dose	1.60
Kraftfleisch	Dose	1.50
Sülze, Ochsenmaulsalat, Fleischsalat	Dose	85 Pf.
Feldpostbriefe mit Wurstwaren	in verschied. Preislagen.	

Butter und Käse

Tisch- u. Tafelbutter	Pfund	2.02 u. 2.08
	½-Pfund-Pakete	1.01 u. 1.04
Landbutter	Pfund	1.75
Stangenkäse	Pfund	95 Pf.
Edamer Käse	Pfund	1.10
Spitzkäse	Stück	10 Pf.

Holländ. Kakao	Pfund	2.40		
Haushalt-Schokolade	Pfund	1.60		
Souchong-Tee	No. 2	3	4	5
	Pfund	2.60	3 M.	3.40	3.80
Ceylon-Melange	Pfund	3.80		

Geflügel

Gänse	Pfund	1.35 u. 1.45
Suppenhühner	Pfund	1.50
Alte Rebhühner	Stück	1.40

Räucherwaren

Kieler Bücklinge	3 Stück	25 Pf.
Kieler Sprottbücklinge	Pfund	90 Pf.
Ahlbecker Flundern	Pfund	80 Pf.

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, Pfd.	28 u. 48 Pf.	
Seelachs in ganzen Fischen	Pfund	38 Pf.
Schellfisch	Pfund	55 Pf.
Rotzungen	Pfund	60 Pf.
Brat-Schollen	Pfund	35 Pf.
Klippfisch in ganzen Fischen	Pfund	50 Pf.
Lebende Aale	Pfund	1.20 bis 1.60
Leb. Lausitzer Karpfen	Pfd	1.10 und 1.20

Salzfische etwa 23 % Eiweißgehalt. Kostproben 11—1 und 5—7 Uhr

	Kopf- oder Schwanzstück	in ganzen Fischen	Mittelstück
Pfund	35 Pf.	40 Pf.	45 Pf.

Verkaufsstelle der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft

Obst und Gemüse

Blumenkohl	Kopf	15 und 20 Pf.
Weißkohl	Pfund	5 Pf.
Rot- und Wirsingkohl	Pfund	7 Pf.
Schneidebohnen	Pfund	15 Pf.
Gurken	Pfund	7 Pf.
Kochbirnen	3 Pfd.	25 Pf.
Eß- und Kochäpfel	Pfund	10 Pf.
Pflaumen	Pfund	10 Pf.
Weintrauben	Pfund	45 Pf.
Tiroler Äpfel	Pfd.	18 Pf.
Butterbirnen	Pfd.	11 Pf.
Luisenbirnen	2 Pfd.	25 Pf.
Kaiserkronen		16 Pf.

Speisenfabrikate

Cumberland-Pudding	2 Pakete	65 Pf.
Exquisite Pudding	2 Pakete	55 Pf.
Eier-Pudding versch. Geschm., 2 Pakete		55 Pf.
Stjerna-Pudding versch. Geschm., 2 Pak.		55 Pf.
Kunst-Gelee versch. Geschm., 2 Pakete		45 Pf.
Saucen-Pulver mit Vanille-Geschm., 2 P.		17 Pf.

1 Posten Steintöpfe

	½	¾	1	1½	2 Liter
hohe Form	15	18	20	25	33 Pf.
	2	3	4	5 Liter	
breite Form	42	48	55	65 Pf.	

Weine werden bei umgehender Bestellung auch durch die Bahn versandt. Für je 20 M. Warenbetrag 50 Pf. Frachtvergütung. Kisten und leere Flaschen werden zurückgenommen.

Wein

		einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
1912	Obermoseler	67	65 Pf.
1912	Edenkobener	67	65 Pf.
	Wormeldinger	77	75 Pf.
1912	Diedesfelder	77	75 Pf.
1911	Wintringer	85	82 Pf.
1912	Maikammerer	85	82 Pf.
1910	St. Barbera (Rotwein)	85	82 Pf.

Bordeauxwein

		einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
1911	Les Bessannes	92	90 Pf.
1909	Dom. de la Jalle	1.05	1 M.
1909	Crû du Marin	1.10	1.05
1909	Moulis Medoc	1.25	1.20
1907	Château Verdignan	1.65	1.60
1909	Chât. Grand Puy Ducasse	2.10	2 M.

Kolonialwaren

Kaiser-Auszug-Ersatzmehl	Pfund	60 Pf.
Maisgrieß	Pfund	40 Pf.
Gerstengrütze	Pfund	55 Pf.
Perl-Sago	Pfund	60 Pf.
Kartoffelgraupe	Pfund	62 Pf.
Grünkern ganz neue Ernte	Pfund	75 Pf.

Olympia-Bouillon-Würfel

Dose 10	20	50	100	500 Stück
33 Pf.	65 Pf.	1.50	2.90	14 M.

Hühner-Bouillon-Würfel

Dose 10	20	50	100	500 Stück
35 Pf.	68 Pf.	1.60	3.10	15 M.

Suppen nach böhmischer Art lose ausgewogen, besonders für Lazarette und Pensionen geeignet

Hühner, Rindfleisch, Leber, Schoten mit Kalbfleisch, Schinken, Spargel, Jäger, Ochsen-Nieren . . . Pfund **1.20**

Zur **Hausschneiderei** ständiger Verkauf:

Großes Lager von **Futterstoffen** in reichhaltiger Farbenwahl

Alle Sorten **Kurzwaren, Näh-Utensilien, Knöpfe, Borten** usw. zu billigen Preisen

Ausgabe von **Ullsteins Schnittmustern**

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Politische Uebersicht.

Ein unhaltbarer Zustand.

Unter diesem Titel schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Wie man weiß, ist den Zeitungen jegliche Erörterung der „Kriegsziele“, das heißt der zukünftigen Friedensbedingungen, untersagt. Obwohl in den Debatten des Reichstags und in den Kommissionsberatungen sehr viel von diesen und anderen Verfügungen gesprochen wurde, und obgleich die Vertreter der Regierung wiederholt eine milde Handhabung des ganzen Zensurwesens in Aussicht stellten, sind die Bestimmungen immer wieder verschärft worden. Man braucht nicht zu betonen, wie sehr die redaktionelle Arbeit erschwert wird, aber wir sind selbst dafür eingetreten, daß bis auf weiteres eine öffentliche Aussprache über die einzelnen Kriegszielwünsche unterbleibe, und wenn noch weitergehende Maßregeln für nötig gehalten werden, so muß man sich ihnen eben fügen. Ein unhaltbarer Zustand tritt indessen dadurch ein, daß Zeitungen und Kreise, die in diesen Fragen eine ganz bestimmte Richtung vertreten, nach wie vor ihre Wünsche und „Ziele“ ohne die mindeste Zurückhaltung an die Oeffentlichkeit bringen, mit aller Ausführlichkeit unbekümmert die Einzelheiten ihres Programms darlegen und in drängendem Ton die Verwirklichung fordern. Da wir nicht im geringsten gegen die doch nun einmal ergangenen Vorschriften verstoßen wollen, so versagen wir es uns, auch nur andeutungsweise den Inhalt von Artikeln zu berühren, die gerade jetzt wieder veröffentlicht worden sind, aber wir gestatten uns, zu bemerken, daß sich mehr als berechtigte Verstimmungen ergeben müssen, wenn die Vertreter einer bestimmten Anschauung glauben, erlassene Verbote hätten nicht für sie, sondern nur für die anderen eine zwingende Gültigkeit.“

Wir können der Beschwerde des „Berliner Tageblattes“ nur zustimmen und sind in der Lage, für seine letzten Schlußfolgerungen in erdrückender Fülle Material beizubringen.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 9. September. In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Margarine; der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherung der Ackerbestellung vom 31. März 1915; der Entwurf einer Bekanntmachung zur Aenderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer und der Entwurf einer Bekanntmachung zur Entlastung der Gerichte.

Amtlich. **Berlin**, 9. September. (W. T. B.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem § 16 Abs. 2 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 folgende Fassung zu geben: „Jedoch dürfen die Kommunalverbände von den zu diesem Ausgleich bestimmten Mengen in besonderen Fällen unter entsprechender Kürzung der auf Einhufer oder Zuchtbullen entfallenden Mengen auch an Besitzer von anderen Spann- und Zuchttieren Hafer abgeben und einzelnen Einhufern oder Zuchtbullen größere Mengen Hafer zuweisen.“

Ferner hat der Bundesrat gemäß § 6 Absatz 2a und § 10 Absatz 2a der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915 für die Halter von Zuchtbullen folgendes bestimmt: 1. zu § 6 Absatz 2a: Halter von Zuchtbullen dürfen durchschnittlich für den Tag und Bullen ½ Kilogramm Hafer verfüttern; 2. zu § 10 Absatz 2a: Bei der Enteignung sind jedem Besitzer für jeden Zuchtbullen 185 Kilogramm Hafer zu belassen.

Die Gültigkeit der Bekanntmachung über die Sicherung der Ackerbestellung vom 31. März 1915 ist um ein weiteres Jahr, und zwar bis zum Ende des Jahres 1916 verlängert.

Die Vereinigten Staaten und die deutsch-österreichische Vorzugsbehandlung.

Die Diskussion über die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn, im besonderen über die gegenseitige Gewährung einer zollpolitischen Vorzugsbehandlung pflegt zu übersehen, daß nicht nur die augenblicklichen Feinde Deutschlands durch Zollerhöhungen und andere hochschutzzöllnerische Maßnahmen zur Gegenwehr rüsten werden, sondern daß auch die Vereinigten Staaten sich in der Reziprozitätsklausel ein eigenes Instrument zur Abwehr einer für sie ungünstigen Zolldifferenzierung geschaffen haben. In diesem Falle führen sie einen Höchstzolltarif ein. Der entsprechende Abschnitt in der umfänglichen und schwer lesbaren Reziprozitätsklausel lautet:

„Soweit nicht in diesem Abschnitt eine Sonderbestimmung getroffen ist, sollen vom 31. März 1910 an auf alle Artikel, die von irgendeinem auswärtigen Lande in die Vereinigten Staaten eingeführt werden, die Zollsätze erhoben, eingezogen und bezahlt werden, die in den Verzeichnissen und Tarifen der Zollliste, Abschn. 1 dieses Gesetzes, vorgeschrieben sind, und außerdem 25 Prozent vom Werte; welche Sätze zusammen den Maximaltarif der Vereinigten Staaten darstellen sollen. Jedoch mit folgendem Vorbehalte: Wenn die Regierung eines auswärtigen Staates auf Ackerbau-, Fabrikations- oder andere Produkte der Vereinigten Staaten, die in ihr Land eingeführt oder verkauft werden, keinerlei Bestimmungen oder Einschränkungen legt, die als ungebührliche Differenzierung zuungunsten der Vereinigten Staaten oder ihrer Erzeugnisse zu gelten hätten — weder durch Tarifsätze noch durch Verfügungen, durch Handels- oder andere Reglements, durch Gebühren, Eintreibungen oder in irgendwelcher anderer Weise, weder direkt noch indirekt; und wenn sobenanntes auswärtiges Land auf die Ausfuhr irgend eines Artikels nach den Vereinigten Staaten keinerlei Exportbonifikation oder Exportzoll oder -verbot legt, das als ungebührliche Differenzierung zuungunsten der Vereinigten Staaten oder ihrer Erzeugnisse zu gelten hätte; und wenn so benanntes auswärtiges Land im allgemeinen den Ackerbau-, Fabrikations- oder anderen Erzeugnissen der Vereintgten Staaten eine Behandlung auf dem Fuße gleichwertiger Gegenseitigkeit angedeihen läßt, dann sollen, wenn und so lange darüber dem Präsidenten im Hinblick auf den Charakter der Zugeständnisse, die durch den Minimaltarif der Vereinigten Staaten gewährt werden, genügender Beweis erbracht ist, auf bezügliche Bekanntmachung des Präsidenten der Vereinigten Staaten alle Artikel, die von einem solchen auswärtigen Lande in die Vereinigten Staaten eingeführt werden, zu den Sätzen des Minimaltarifes der Vereinigten Staaten zugelassen werden, ausgenommen soweit hierin andere Bestimmung getroffen ist.“

Landrat und Höchstpreise.

Der Landrat des Kreises Oldenburg in Holstein, Herr Springer in Cismar, veröffentlicht im Kreisblatt für den Kreis Oldenburg folgende Bekanntmachung:

Cismar, den 27. August 1915.

Die Gerste bauenden Landwirte mache ich darauf aufmerksam, daß es sich empfiehlt, zunächst ihre Gerste festzuhalten, da in der nächsten Zeit von der Zentraleinkaufsstelle für Braugerste voraussichtlich Preise gezahlt werden, die den Höchstpreis erheblich überschreiten.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses,
Springer.

Tageb. No. 7890

Auf der ersten Seite derselben Nummer des Kreisblattes gibt Herr Landrat Springer die Ausführungsanweisung zu der Verordnung des Bundesrates gegen übermäßige Preissteigerung bekannt. Wenn die Reichsregierung überall solche Organe zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Schutzmaßnahmen hätte, könnte sie sich ihre Verordnungen wirklich sparen.

Höchstpreise für Industriegerste.

Das wucherische Treiben der Gersteproduzenten, das direkt unter die Wucherverordnung des Bundesrats fällt und deshalb die Gerichte zum Einschreiten veranlassen müßte, soll nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ die maßgebenden Instanzen bewogen haben, die Festsetzung von Höchstpreisen in Erwägung zu ziehen. Hoffentlich führen diese Erwägungen bald zum Ziel. Der Höchstpreis für enteignete Gerste mit 300 M. ist schon abnorm hoch, darüber hinauszugehen liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Die Vertretungen der Landwirte wollen aber einen Preis von 700 bis 800 M. erzielen! Schon bei einem Preise von 300 M. machen die Landwirte ein glänzendes Geschäft.

Zur diesjährigen Kartoffelernte

liegen aus den letzten Tagen sehr beachtenswerte Feststellungen vor, die erkennen lassen, daß die Kartoffelernte diesmal für weite Teile des Reichs geradezu Rekordzahlen erwarten läßt. So ist von einem beamteten Landwirt (laut „Münster Anzeiger“) im Stadt- und Landkreis Münster festgestellt worden, daß dort der Morgen im Durchschnitt 135¾ Zentner bester Speisekartoffeln ergibt. In derselben Gegend war der Durchschnittsertrag 1913 79½ Zentner, 1914 87 Zentner pro Morgen. Bisher sind die Verluste durch Krankheit sehr gering.

Es muß an diesen Feststellungen etwas Wahres sein, denn die Preise gehen in einigen nordwestdeutschen Gemeinden trotz der Versuche, sie zu halten, schon auf 3 M. herunter. Unter diesen Umständen wäre es natürlich verfehlt, wenn die Gemeinden sich jetzt schon hinsichtlich der Kartoffelversorgung festlegen wollen. Es kann doch erwartet werden, daß das Reich Maßregeln einleitet, die unter allen Umständen Uebervorteilungen der Verbraucher wie der Gemeinden ausschließen.

Das kommunale Zigarettenmonopol.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

Ueber ein Reichszigaretten-Monopol sind vor kurzem hier und da nähere Angaben, die aus parlamentarischen Kreisen stammen sollen, gemacht worden. Danach würde man etwa 15 Großfirmen mit ungefähr je fünf verschiedenen Marken selbständig bestehen lassen. Die gesamte Erzeugung dieser Firmen würde an die Regierung abzugeben sein, und die Regierung würde die Zigaretten an die zu errichtenden Niederlagen leiten, von denen dann der Kleinhandel seinen Zigarettenbedarf zu beziehen hätte. Dazu können wir folgendes mitteilen: Mit einem Reichszigaretten-Monopol ist nach dem Kriege zu rechnen. Darüber aber, wie dieses Monopol beschaffen sein wird, ist bisher nicht einmal beraten, geschweige denn entschieden worden. Das im bisherigen Russisch-Polen eingeführte Zigarettenmonopol ist ein Handelsmonopol, bei dem Deutschland und Oesterreich in freien Wettbewerb miteinander treten. Jene Angaben gehen von der Voraussetzung aus, daß auch das im Deutschen Reich einzuführende Zigarettenmonopol ein Handelsmonopol sein werde. Einstweilen ist aber die Voraussetzung nicht gegeben.

Fort mit der Sentimentalität.

Die „Trierische Landeszeitung“, das Zentrumsblatt der Mosel- und Eifelgegend, beschäftigt sich in ihrer Nr. 236 mit der „prachtvollen Reichstagsrede“ des Reichskanzlers vom 19. August. Sie meint, daß kein Wort darin so allgemeiner Zustimmung sicher sein werde, wie die Versicherung: „Wir haben die Sentimentalität verlernt“. Im Privatleben möge eine gute Menge Sentimentalität hingehen, in der Politik sei sie nicht am Platze. Das Blatt versucht dann nachzuweisen, was die Deutschen durch ihre „Sentimentalität“ alles versäumt und verdorben haben; es weist als Vorbild auf Bismarck hin, der „keine sentimentale Faser“ in sich gehabt und gerade deshalb in der äußeren Politik Deutschland „kräftig in die Höhe gebracht“ habe. Jetzt habe Bethmann Hollweg „das erlösende Wort gesprochen und damit zugegeben, daß auch unsere Politiker und Diplomaten allzusehr von deutscher Sentimentalität angekränkelt waren.“ Das Blatt will an das Wort des Reichskanzlers, das wie eine frohe Botschaft „an's Ohr klinge“, glauben und weiter schreibt es:

„Wir hoffen, daß dem Worte die Taten folgen, wir hoffen, daß auch der behäbige, friedliebende Bürger unnütze Sentimentalität von sich wirft. Wir waren ja wieder auf dem besten Wege, in unklaren Gefühlsüberschwang zu verfallen. . . . Es gab unter uns Leute, die sich über den Unterseebootkrieg entsetzten, die über die Anwendung von Gasbomben den Kopf schüttelten. Eifrig forschten sie nach, ob es nicht irgendwo in verstaubten Akten einen Paragraphen gäbe, der diese Art der Kriegführung untersage. Als ob unsere Gegner sich jemals um so feinfühlige Untersuchungen gekümmert hätten! Mit der Faust, mit dem Schwerte, nicht mit dem Paragraphen wird in diesem Weltkrieg gefochten.“

Es stimmt nicht ganz, daß dieser Weltkrieg nur mit der Faust und mit dem Schwerte ausgefochten wird, die Kampfesmittel dieses Krieges sind ganz anderer Art. Im übrigen hat das Blatt recht: Es gibt allerdings „sentimentale“ Seelen, die sich über die in diesem Kriege angewandten Kampfesmittel zu entsetzen vermögen. Einer von diesen Leuten urteilte über diesen Krieg wie folgt:

„Ein Bild, wie es schrecklicher und trauriger seit Menschengedenken wohl nie geschaut wird. . . . Die größten und blühendsten Völker haben zum Schwert gegriffen. . . . Ueberall Tod und Zerstörung. Täglich wird die Erde aufs neue mit Blut getränkt und bedeckt mit den Leibern der Toten und Verwundeten.

Der „sentimentale“ Mann, der das schrieb, ist Papst Benedikt XV., das gegenwärtige Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche (Enzyklika vom 1. November 1914). Und von derselben Stelle erhob der Papst die Stimme für ein baldiges Ende dieses unheilvollen Krieges zu Gott, in dessen Hand die Herzen der Fürsten und aller seiner Männer ruhen, „in deren Macht es liegt, dem beklagten Greuel und Elend ein Ende zu machen“. In seinem letzten Friedensaufruf vom 28. Juli nannte der Papst diesen Krieg „eine Geißel der Menschheit“ und er beschwor wiederum diejenigen, „welche die göttliche Vorsehung zur Regierung der kriegführenden Nationen berief, endlich die schreckliche nunmehr ein Jahr lang Europa entehrende Metzelei zu beendigen.“

Rechnet die „Trierische Landeszeitung“ auch den gegenwärtigen Papst zu den Leuten, die „allzusehr von Sentimentalität angekränkelt“ sind?

Exmission gegen eine Kriegerfrau!

Am 25. August wurde der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Lisco, im Reichstage von dem Abgeordneten Gothein gefragt:

ob er es für zulässig erachtet, daß eine Arbeiterfamilie aus der Wohnung hinausgetrieben werde, während der Mann im Felde steht.

wörtlich:

Wenn einer ländlichen Arbeiterfamilie von ihrem Arbeitgeber eine Wohnung auf Grund eines Mietsvertrags überlassen worden ist, so kann der Vermieter selbstverständlich die Räumung der gemieteten Wohnung nur mittels eines gerichtlichen Räumungsurteils erzwingen, ein eigenmächtiges Vorgehen des Vermieters würde auch hier unzulässig sein. Sollte der Mieter Kriegsteilnehmer sein, so würde er gegenüber einer Räumungsklage den Schutz des Kriegsteilnehmergesetzes vom 4. August 1914 genießen, wonach der Rechtsstreit bis zur Beendigung des Krieges unterbrochen wird oder ausgesetzt werden muß. Auch gegen die Familie des Kriegsteilnehmers würde die zwangsweise Räumung der Wohnung mit Rücksicht auf die Vorschriften des bezeichneten Gesetzes, wie von den Gerichten wohl allgemein angenommen wird, während der Dauer des Krieges nicht durchgeführt werden können.

Danach besteht also kein Zweifel darüber, daß nach dem Gesetz und der Auffassung des Bundesrats eine Kriegerfrau nicht exmittiert werden darf. Wie steht es aber in der Praxis? An demselben Tage, an dem der Staatssekretär im Reichstage versicherte, daß eine Kriegerfrau nicht exmittiert werden darf, erging in Memel gegen den in der Riemenarmee in Rußland kämpfenden Landsturminfanteristen Lengiers und seine Ehefrau durch den Amtsgerichtsrat David das Urteil, die von dem Ehemanne gemietete Wohnung zu räumen. Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst, so möchte man über den Urteilstenor lachen, der einen in Rußland kämpfenden Landsturmmann verurteilt, mit seiner Frau „die Wohnung, die sie in dem Hause Hospitalgasse 1 in Memel innehaben, zu räumen“.

Der Kriegsteilnehmer, dem so mitgespielt ist, gehört nicht etwa zu zu jenen, die sich in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindend, ohne Grund aus Böswilligkeit nicht zahlen und auf die daher die Bundesratsverordnung Anwendung fände. Er hat kein Kapital und lebt von seiner Löhnung, seine Frau bezieht Kriegsunterstützung. Als sie auf Exmission verklagt wurde und erklärte, sie habe 10 Mark monatlich auf die 25 Mark betragende Miete angeboten, der Wirt habe die Annahme abgelehnt, ihr Mann stehe seit einem Jahre im Felde, und als sie ablehnte, ihren Mann zu vertreten, vielmehr Aussetzung des Verfahrens dem Gesetz gemäß verlangte, erklärte der Richter, er werde einen Rechtsanwalt zum Vertreter ihres Mannes bestellen. Ein Rechtsanwalt erwiderte dem Richter: er lehne es ab, den Mann zu vertreten, da er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, zur Exmission eines Kriegsteilnehmers zu helfen, er glaube so wie er dächten alle Memeler Rechtsanwälte. Das Gericht bestellte dann einen mit dem Kläger, Kaufmann Ansas Kuhnkies, befreundeten Geschäftsagenten Jendritzki. Der Frau ist vom Gerichtsvollzieher mitgeteilt, er müsse sie exmittieren.

Der Memeler Fall steht leider nicht vereinzelt da. Von sozialdemokratischer Seite war bereits in der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß leider Fälle vorkämen, in denen — gestützt auf die falsch ausgelegte Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 — Amtsgerichte den im Felde weilenden Unbemittelten Vertreter bestellen und dann gegen die Ehefrau und gegen den im Felde stehenden Mann die Exmission aussprächen. Von allen Seiten wurde in der Kommission anerkannt, daß das nicht die Folge der Bundesratsverordnung sein dürfe. Der Antrag auf Aufhebung oder Klarstellung der Bundesratsverordnung wurde aber gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, weil hinlängliche Klarheit herrsche, häufige Mißgriffe nicht nachgewiesen seien und man sich darauf verlassen könne, daß für Einzelfälle Remedur geschaffen würde. Tatsächlich hat die Erwartung der Kommission sich nicht bestätigt. Wird der Staatssekretär die Möglichkeit haben, im Memeler Fall einzugreifen? Wird er nunmehr Veranlassung nehmen, die Bundesratsverordnung gegen ähnliche falsche Auslegungen zu schützen und den Kriegsteilnehmern im Felde Gewißheit geben, daß ihre Familien nicht deshalb, weil ihr Ernährer eingezogen und ohne Erwerbsmöglichkeit ist, exmittiert werden, und daß auch sie nicht deshalb, weil sie im Felde stehen, verurteilt werden dürfen, ohne daß ihnen auch nur die Klage zugestellt ist?

Aus der Partei.

Friedensdemonstration in der Schweiz.

In einer gemeinsamen Sitzung der Geschäftsleitung der Partei mit dem Ausschuß des Gewerkschaftsbundes wurde vereinbart, am 3. Oktober 1915 in der ganzen Schweiz große öffentliche Versammlungen für den Frieden zu veranstalten. Die sozialdemokratischen Frauenvereine und die Jugendorganisationen sollen eingeladen werden, sich an diesen Kundgebungen zu beteiligen. Die zentrale Notstandskommission der organisierten Arbeiterschaft wurde beauftragt, ihre Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen und namentlich die Fragen der Obstausfuhr, der Milchpreise, des Gefrierfleisches u. a. zu behandeln.

Aus Industrie und Handel.

Zur Frage der Kriegsgewinne der Mühlen.

Der Inhaber einer mittelgroßen Mühle in der Mark schreibt uns zu der gelegentlich der Jahresabrechnung der Rathenower Dampfmühlen-Aktiengesellschaft, die, wie erinnerlich, zu einer Polemik führte, bei der das offiziöse Wolffsche Bureau eingriff, folgendes:

Die KG zahlt für vermahlene 4400 Tonnen Getreide nicht 15 000 M. Mahllohn, sondern einen solchen von rund 150 000 M. Da ergibt sich nun sofort ein ganz anderes Bild. Wenn die Mühle bei nicht einmal halber Beschäftigung für die KG in einem Vierteljahre 150000 M. brutto verdiente, so würde sich bei voller Beschäftigung für das ganze Jahr ein Bruttogewinn von 1 200 000 M. ergeben. Unter Zugrundelegung der letztjährigen Unkosten, Abschreibungen usw. würde sich bei einer derartigen Beschäftigung der Reinertrag der Mühle weit über doppelt so hoch stellen, als der per 30. Juni ausgewiesene, und so ungefähr werden auch die Jahresabschlüsse der für die KG beschäftigten Großmühlen künftig aussehen.

Man möchte diesen Mühlen ja den hohen Gewinn an und für sich gönnen, wenn die Grundlagen, die diesen ermöglichen, nur nicht schädigend für die ganze Volkswirtschaft wären. Erstlichmal zahlt die ärmere Bevölkerung für das wichtigste Nahrungsmittel einen Preis, der absolut nicht gerechtfertigt ist. Nehme man einmal folgendes an: Die KG übernimmt den Roggen in hiesiger Gegend zu 220 M. die Tonne. Würde sie ihn uns kleineren Mühlen mit einem Verdienst von 10 M. (ein solcher ist wirklich schon recht nett) also zu 230 M. käuflich überlassen, so könnten wir an die Bäcker hier schon das Mehl per 100 Kilogramm mit 29 M. liefern, während er bei der Kommune 35,50 M. zahlen muß. Die Kommunen als Versorger hätten dann nur nötig, Statistik zu führen. Einerseits verdienen also die KG, die Kommune, die Großmühle unheimlich, andererseits bezahlt die ärmere Bevölkerung ihr Brot viel zu teuer und die kleinen Mühlen gehen zu Grunde, das ist die Folge einer ganz verkehrten Politik in der Getreide- und Brotfrage."

Rußlands Metallreichtum.

In einem Artikel: „Die Kriegsmetalle bei uns und bei unseren Gegnern" bringt Wernadskij im „Rjetsch" vom 23. August im Anschluß an einen Artikel Carpenters in der Londoner „Nature" einige Angaben über die Kriegsmetalle Rußlands.

Mit Eisen ist Rußland vielleicht besser versorgt als seine Bundesgenossen, ausgenommen die englischen Kolonien, und seine Eisenindustrie befindet sich, wenn auch in einer zu langsamen, so doch unbestreitbaren Entwickelung; doch werden die Eisengruben nicht in dem nötigen Maße ausgebeutet. Als neue Aufgabe kommt die Ausbeute des Magneteisensteins auf dem Altai in Frage. Hier sind alle Bedingungen zur Schaffung eines großen Industriezentrums vorhanden, das in Zukunft sogar das Doneggebiet überholen dürfte. Ein erstklassiges Kohlengebiet, prachtvolle Wasserstraßen und sehr reiche Eisengruben. Dort würde die Schaffung von Kriegsmatecialfabriken eine für den Feind unerreichbare Basis kriegerischer Energie liefern. Für Mangan ist Rußland der Lieferant der ganzen Welt, noch mehr als Indien und die Vereinigten Staaten, wobei unsere Mangangruben im Gouvernement Kutais sich im Stadium der Entwickelung befinden, ohne daß ihre Erschöpfung zu befürchten wäre. Wie groß unsere Nickelvorräte sind, wissen wir nicht. Die Fundstätten im Ural sind überhaupt noch nicht erforscht. Auch unsere Reichtümer an Chrom sind uns unbekannt, und unsere Fundstätten werden leicht intensiv genug bearbeitet werden. Unsere Ausbeute an Kupfer im Ural, Kaukasus und der Steppengegend entspricht längst nicht den vorhandenen Vorräten, kann weit entwickelt werden und bedarf der ernstesten Aufmerksamkeit. Auch die Aluminiumfundstätten sind fast gar nicht erforscht. Die Frage befindet sich in dem gleichen Stadium wie vor dem Kriege. Zwar wurde sie im Winter sehr lebhaft verhandelt, allein der Sommer vergeht, ohne daß man wüßte, wieweit die Arbeiten gediehen sind. Die Akademie der Wissenschaften hat seit Monaten auf ihre Kundgebungen keine Antwort erhalten.

Bei der Schwierigkeit der Frage des Zink, dessen Preis im Laufe des Jahres um das Fünffache gestiegen ist, ist der Verlust des Sommers unersetzlich. Da die auswärtigen Quellen in feindlichen Händen oder nicht ausnutzbar sind, so muß sich Rußland an seine eigenen Zinkgruben halten, wovon eine zeitweilig für uns verloren gegangen ist. Die Zinkausbeute im Kaukasus und Transbaikalien hat vor dem Kriege eben erst begonnen, das Zinkwerk in der Primorskaja Olastj konnte seine Vorräte nicht an Ort und Stelle verarbeiten, sondern schickte sie nach Europa. So wird die Zinkfrage für uns und unsere Verbündeten sehr ernst. Besitzen wir Vorräte an eingeführtem Zink? Sind sie nicht am Ende in den vom Feinde besetzten Gebieten verloren gegangen? Auf diese Fragen gibt es keine Antwort, doch kann die Zinkförderung vergrößert werden. Unsere schlecht erforschten Bleigruben im Kaukasus, in Sibirien, hauptsächlich in Transbaikalien und in Turkestan sind ganz geringfügig ausgenutzt worden und fordern energische Bearbeitung. Was in dieser Beziehung während des Krieges getan worden ist, ist ganz geringfügig im Vergleich zu dem, was getan werden muß. Unsere Antimongruben im Ural, Kaukasus und Transbaikalien verdienen Beachtung, werden aber sehr ungenügend bearbeitet. Die russischen Zinngruben in Transbaikalien werden überhaupt nicht bearbeitet, doch wissen wir, daß solche in Transbaikalien und im Gouvernement Jenisseisk noch zu finden sind. Für Aluminium, Kupfer und Blei sind wir nach dem Ausfuhrverbot aus England auf die Vereinigten Staaten angewiesen, allein die Hoffnung hierauf ist bei der Beschaffenheit unserer Seewege keine sehr sichere. Daher müssen wir unsere Ausbeute verstärken, stoßen aber hier auf unsere Unkenntnis. Um sie zu überwinden, brauchen wir Zeit, Geld und wissenschaftliche Kräfte. Früher hatten wir Zeit und wissenschaftliche Kräfte, aber keine Mittel; dafür müssen wir jetzt schwer büßen. Wie schwer es ist, solche Mittel zu erhalten, weiß jeder, der sich mit der naturgeschichtlichen Erforschung Rußlands befaßt hat. Hat doch die Akademie der Wissenschaften, die 1910 um Mittel zur Erforschung radioaktiver Mineralien in Rußland bat, diese erst 1914 nach viermaligem Gesuch in genügender Höhe erhalten! Und wurden doch die 5000 Rubel, die die Akademie zu den vorläufigen Arbeiten zur Auffindung von Wismutgruben erbat, nicht bewilligt! Jetzt hat Rußland wissenschaftliche Kräfte, und es werden sich auch die nötigen Mittel finden, aber die Zeit fehlt. Die uns doch noch geblieben ist, muß sofort und energisch genutzt werden.

Soziales.

Kriegswochenhilfe für Landarbeiterinnen.

Eine Landkrankenkasse weigerte sich, der Frau eines Kriegsteilnehmers die Wochenhilfe zu zahlen, weil der Mann keinen Anspruch auf Barleistung hatte (§§ 420, 425). Das Reichsversicherungsamt hat in einer jetzt veröffentlichten Entscheidung die Kasse zu Zahlung verurteilt und anerkannt, daß alle Frauen von Kriegsteilnehmern Anspruch auf Wochenhilfe haben. Der Fall lag folgendermaßen:

Der Ehemann der Klägerin ist im August 1914 zum Heeresdienst eingezogen. Er war vorher ohne Anspruch auf Barleistung gegen Krankheit bei der Landkrankenkasse des Fürstentums Ratzeburg in Schönberg versichert. Am 1. Januar 1915 wurde seine Frau entbunden. Die Kasse wies ihren Antrag um Wochenhilfe ab mit der Begründung, die Frau habe keinen Anspruch auf die Barleistungen der Wochenhilfe, weil der Ehemann ohne Anspruch auf Barleistungen versichert gewesen sei. Das Versicherungsamt wies die Kasse zur Zahlung der Wochenhilfe an. Gegen diesen Bescheid wurde das Oberversicherungsamt angerufen. Dieses gab auf Antrag der Frau die Sache an das Reichsversicherungsamt zur grundsätzlichen Entscheidung weiter.

Das Reichsversicherungsamt entschied in der Sitzung vom 28. Juni 1915 zunächst dahin, daß die Abgabe der Sache an das Reichsversicherungsamt nach § 1698 der Reichsversicherungsordnung zulässig sei. In der Sache selbst wurde durch Urteil ausgesprochen, daß die Landarbeiterfrau einen Anspruch auf Wochenhilfe habe, obwohl ihr Ehemann nach der Satzung der Landkrankenkasse einen Anspruch auf Barleistungen nicht hätte. Die Bundesratsverordnung vom 31. Dezember 1914 habe ungeachtet des Bestehens solcher Kassensatzungen offenbar allen Wöchnerinnen, welche die Voraussetzungen des § 1 der Verordnung erfüllen, die in § 3 vorgesehenen Leistungen der Wochenhilfe gewähren wollen. Dies folge aus § 6, wonach es einer Satzungsänderung für die Kassen nicht zu dem Zwecke bedürfe, um die Satzung mit den Bestimmungen der Bekanntmachung in Einklang zu bringen.

Unberechtigter Lohnabzug.

Im Betriebe des Fabrikanten Werth in der Alexandrinenstraße arbeitete ein Dreher in Akkord auf Granaten und verdiente dabei in einer Woche 65 M. Der Verdienst erschien Herrn Werth so hoch, daß er glaubte, der Dreher habe denselben auf unberechtigte Weise erreicht. Dem Dreher wurde ein Teil seines verdienten Akkord- und Stundenlohns vorenthalten, den er beim Innungsschiedsgericht einklagte. Hier sagte der Beklagte Werth, der Kläger habe in der Fabrik müßig herumgestanden, sich mit den Arbeiterinnen unterhalten und trotzdem den hohen Verdienst erzielt. Dies sei dadurch möglich gewesen, daß zwei Lehrlinge, denen der Kläger wöchentlich 50 Pf. zahlte, einen großen Teil seiner Arbeit gemacht hätten. Der Lohnabzug sei also begründet, da sich der Kläger unbefugt die Arbeit der Lehrlinge zunutze gemacht habe.

Durch Vernehmung mehrerer Zeugen erhielt diese Angelegenheit jedoch ein wesentlich anderes Aussehen. Der Kläger hatte zwei Maschinen zu bedienen, die in einiger Entfernung von einander standen. Dadurch kam öfter der Fall vor, daß, während der Kläger an der einen Maschine tätig war, die andere Maschine ihre Arbeit vollendet hatte und deshalb angehalten werden mußte, weil sonst die ganze Arbeit verdorben wäre. In solchen Fällen hat ein unmittelbar neben der Maschine beschäftigter Lehrling dieselbe durch einen Hebeldruck ausgeschaltet, was jedesmal durch einen einzigen Handgriff geschah, also fast gar keine Zeit in Anspruch nahm. Für diese Gefälligkeit hat der Kläger dem Lehrling jede Woche 50 Pf. gegeben. Der Beklagte stellte eine Rechnung auf, wonach er von dem 15 Pf. betragenden Stücklohn 5 Pf. für die Arbeit des Lehrlings abzuziehen berechtigt sei.

Das Schiedsgericht erachtete die Hilfeleistung des Lehrlings bei den Arbeiten des Klägers als so unerheblich, daß dafür kein Abzug gemacht werden dürfe. Der Beklagte, der von einer Einigung nichts wissen wollte, wurde zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes verurteilt.

Gerichtszeitung.

Wer zu teuer kauft, ist strafbar.

Die von einer Reihe Landgerichte verneinte Frage, ob auch ein Käufer sich durch Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar macht, hat das Reichsgericht am Mittwoch in einer Strafsache gegen eine Witwe Wallstab, die vom Landgericht in Magdeburg freigesprochen war, bejaht (Aktenzeichen 3 D 545 (15). Die Witwe hatte für 10 Pfd. Kartoffeln 70 Pf. gezahlt. Der Preis war von ihr abverlangt, wiewohl der Höchstpreis auf 6½ Pf. für das Pfund festgesetzt war. Das Urteil geht von der Annahme aus, das Höchstpreisgesetz habe das Ueberschreiten des Höchstpreises durch Strafandrohung gegen Verkäufer und Käufer verhindern wollen. Diese Auslegung halten wir für irrig, teilen vielmehr die von Landgerichten und auch Oberlandesgerichten betätigte Ansicht: einen Preis könne stets nur der Verkäufer überschreiten, für den Käufer sei eine Ueberschreitung begrifflich unmöglich. Indessen wird man nun leider mit der Auslegung durch das Reichsgericht in der Praxis rechnen müssen. Wir bedauern das, weil im Gegensatz zu der Absicht des Reichsgerichts hierdurch die Bewucherung des Publikums durch Höchstpreisüberschreitung gefördert werden kann. Denn es ist klar, daß der, der sich selbst strafbar gemacht haben soll, schwerlich den, der ihn übers Ohr gehauen hat, anzeigen wird. Es wäre angezeigt, daß der Bundesrat diese gefährliche Folge der reichsgerichtlichen Rechtsprechung durch eine Aenderung des Gesetzes beseitigt. Das ist um so notwendiger, als ja eine große Zahl von Käufern die Höchstpreise nicht kennt, Unkenntnis sie aber vor Strafe nicht schützen würde.

Zwang zu militärischen Uebungen.

In Schrimm waren durch Magistratsbeschluß mit Genehmigung des Regierungspräsidenten in den Unterrichtsplan (Stundenplan) der Fortbildungsschule auch Uebungen zur Vorbereitung für den Militärdienst aufgenommen worden. An einer dieser Uebungen, die für den Sonntagnachmittag von 2½ bis 4½ Uhr angesetzt war, hatte der Lehrling Nowicki nicht teilgenommen, sondern war zu dem Nachmittagsgottesdienst gegangen, der um 3 Uhr beginnt. (Am Hauptgottesdienst hatte er bereits vormittags teilgenommen.)

Wegen der Nichtteilnahme an der militärischen Uebung verurteilte die Strafkammer in Schrimm den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Es läge eine unbefugte Versäumung des Fortbildungsunterrichts vor. Die Aufnahme der militärischen Uebungen in den Stundenplan sei eine ordnungs- und gesetzmäßige. Sie verstoße weder gegen Verwaltungsgrundsätze, noch gegen die Aufgaben der Fortbildungsschulen, die nicht lediglich ein besseres gewerbliches Fortkommen sichern sollten. Durch den Uebungsunterricht am Nachmittag sei N. nicht gehindert gewesen, vormittags am Hauptgottesdienst teilzunehmen, wovon er ja auch Gebrauch gemacht habe. Im übrigen wäre in einer Zeit, wo das Schwert die Kirche schirmen müsse, die Teilnahme an den Uebungen am Sonntagnachmittag, anstatt eines nochmaligen Kirchenbesuches, nicht als allzu großes Opfer anzusehen.

Das Kammergericht verwarf am 8. September die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Es sei fraglich, ob das Gericht überhaupt die Zulässigkeit der Aufnahme jener Uebungen in den Lehrplan nachprüfen dürfe. Die Aufnahme der militärischen Uebungen als Gegenstand des Fortbildungsunterrichts werde aber auch, wenn man die Zulässigkeit einer derartigen gerichtlichen Nachprüfung voraussetze, vom Kammergericht für zulässig erachtet. Allerdings enthalte die Gewerbeordnung keine Vorschriften über die Gegenstände des Unterrichts in den Fortbildungsschulen. Nach allen in Betracht kommenden Vorschriften und den Motiven sei aber anzunehmen, daß die Fortbildungsschulen keine bloßen Fachschulen sein sollten. Ihre Aufgabe sei es vielmehr, die jungen Leute in einer den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprechenden Weise weiter zu führen in ihren Fähigkeiten und ihren Kenntnissen. Sie sollten unter anderem befähigt werden, in schwierigen Lebenslagen schnell und richtig Entschlüsse zu fassen usw. In diesem Sinne seien auch die militärischen Uebungen ein zulässiger Gegenstand des Fortbildungsunterrichts. Der Fortbildungsunterricht dürfe aber auch am Sonntagnachmittag stattfinden, wenn die Betreffenden dadurch nicht gehindert würden, am Hauptgottesdienst teilzunehmen, an dem N. ja auch teilgenommen habe. Nun habe Angeklagter darauf hingewiesen, daß der zuständige Minister erklärt habe, es solle kein Zwang hinsichtlich der Teilnahme der Jugend an militärischen Jugendübungen ausgeübt werden. Diese ministerielle Anweisung beziehe sich offenbar nicht auf Fortbildungsschüler. Im übrigen würde aber auch eine solche ministerielle Anweisung nicht geeignet sein, die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme der militärischen Uebungen in den Unterrichtsplan der Fortbildungsschulen zu beseitigen. Angeklagter sei mit Recht verurteilt worden.

Die Verurteilung ist eine recht bedenkliche, mit dem Zweck einer Fortbildungsschule erscheint die Annahme des höchsten preußischen Gerichts unvereinbar. Indessen wird man in der Praxis mit ihr zu rechnen haben.

Unbeabsichtigte Folgen.

Wegen unerlaubten Verlassens des Ortsgebietes war die 21jährige zu Etzin geborene Russin Antonie Stroinska vor der Potsdamer Strafkammer angeklagt. Die Stroinska gehört zu den russischen Erntearbeitern. Für sie gelten daher die Verordnungen des Oberkommandos betreffend den Aufenthalt russischer Arbeiter. Sie war in Paretz beim Gutsbesitzer Heuser beschäftigt. Es kam zu einer Auseinandersetzung, nach der ihr der Dienstherr Lohn und Papiere überreichte. Vom Amtsvorsteher erwirkte sie nicht die Erlaubnis zum Verlassen des Ortsgebietes. Vielmehr riet er ihr, zum Dienstherrn zurückzugehen. Der Gemeindevorsteher dagegen nahm ihre Abmeldung nach Etzin entgegen und bescheinigte ihr den Fortzug. Die Potsdamer Ferienstrafkammer berücksichtigte die eigenartige Lage, in der sich die Str. befunden hatte, als sie der Dienstherr nicht mehr zurücknehmen wollte und verurteilte sie zu einer Woche Gefängnis, entgegen dem auf 6 Wochen lautenden Antrag des Staatsanwalts.

Aus Betharaba.

Eine Meuterei in der Fürsorgeerziehungsanstalt Betharaba in Weißensee hatte gestern vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Vergehens gegen den § 122 Str.-G.-B. war die 18jährige Arbeiterin Ida Demuth angeklagt.

Die Angeklagte befand sich im Jahre 1918 in der Erziehungsanstalt Bethabara. Anfangs November entstand unter den dort befindlichen Mädchen, wie es in der Verhandlung hieß, wegen des angeblich schlechten Essens eine kleine Verschwörung. Die Mädchen planten, eine Aufseherin zu überfallen, dann mit den von ihr erlangten Schlüsseln zu flüchten. Die Meuterei ging am 11. November von statten. Der Helferin Marie Bratsch wurde ein Bettbezug über den Kopf gezogen, so daß sie sich nicht wehren konnte. Mit den erbeuteten Schlüsseln liefen dann etwa 20 Mädchen auf den Hof, überkletterten den Zaun und waren, ehe das übrige Personal der Anstalt etwas gemerkt hatte, verschwunden. Die Ausreißerinnen wurden zumeist bald wieder eingefangen und unter Anklage gestellt. Da der Meuterei-paragraph nur schwere Strafen zuläßt, so wurden mehrere der Mädchen zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt. Eins der Mädchen, welches das achtzehnte Lebensjahr schon vollendet hat, wird sich demnächst sogar vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. — Die Angeklagte, welche sich längere Zeit unangemeldet verborgen gehalten hatte, hatte, wie die Verhandlung ergab, in der Zwischenzeit fleißig gearbeitet. Aus diesem Grunde kam das Gericht auch zu der Anwendung der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis, beschloß auch, die Angeklagte der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

In der Schwurgerichtsverhandlung wird hoffentlich ausführlich auf die Gründe eingegangen werden, die zur „Meuterei" führten.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 323 der preußischen Armee enthält die Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 3. und 5. Garde-Regiment z. F.; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Elisabeth (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 77); Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 10, 11, 13, 15, 16, 18, 19, 21, 22, 23, 25, 28, 29, 30, 33, 34, 37, 39, 41 bis einschl. 45, 48, 49, 50, 51, 53, 54, 55, 56, 60, 64, 65, 66, 69, 75, 81 bis einschl. 85, 87, 88, 89, 109, 113, 114, 115, 118, 128, 129, 132, 140, 141, 142, 144 bis einschl. 148, 152, 153 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 154, 155, 159, 160, 161, 162, 164, 165, 167, 168, 169, 170, 175, 176, 188. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 7, 8, 11, 12, 15, 21, 22, 24, 26, 27, 29, 30, 53, 55, 61, 66, 67, 76, 77, 79, 81, 86, 93, 110, 111, 203, 204, 208, 209, 210, 215, 216, 219 bis einschl. 224, 226, 227, 228, 249, 250, 258, 259, 260, 261, 265, 270. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 9 und 29. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4. Landw.-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 9, 10 (s. Ers.-Inf.-Reg. Nr. 9), 12, 15, 24, 25, 53, 66, 68, 80, 99, 110. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 11. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 58, 82, 84 (alle drei s. Ers.-Inf.-Reg. Nr. 29). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 27 (s. Landwehr-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone: Aurich, I Danzig, I Diedenhofen, Erbach, III Frankfurt a. O., II Halberstadt, Landsberg, IX Münster, III Tilsit. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 4. Heidelberg und 1. des IV. Armeekorps (Stendal). Jäger-Bataillone Nr. 1, 6, 9, 10 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 61); Reserve-Bataillone Nr. 2, 3, 5, 20, 21. Reserve-Radfahrer-Kompagnien Nr. 75 und 81. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 7; Reserve-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2; Maschinengewehr-Kompagnie Nr. 183; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 187 (s. Garde-Ref.-Jäger-Batl.); Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4.

Kavallerie: Garde-Husaren (s. Komb. Kav.-Reg. der 1. Garde-Inf.-Division); Dragoner Nr. 6 (s. Ulanen Nr. 5 und Komb. Kav.-Reg. der 1. Garde-Inf.-Division), Nr. 15 und 23; Ulanen Nr. 2, 5, 16; Jäger zu Pferde Nr. 10; Kombiniertes Kavallerie-Regiment der 1. Garde-Inf.-Division; Reserve-Ersatz-Eskadron des IV. und 2. Landst.-Eskadron des VI. Armeekorps; Reserve-Abteilung Nr. 48.

Feldartillerie: 3. Garde-Regiment; 1. Garde-Ref.-Regiment; Regimenter Nr. 9, 10 (s. auch Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 20), 11, 14 (s. Feldart.-Reg. Nr. 11), 21 (s. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 70), 30, 33, 40, 45, 47, 51, 52, 55, 57, 62 (s. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 20), 74, 88; Reserve-Regimenter Nr. 1, 7, 14, 20, 36, 44, 51, 70; Landwehr-Regiment Nr. 15. Gebirgskanonen-Batterie Nr. 4.

Fußartillerie: Regiment Nr. 10; Reserve-Regimenter Nr. 2 und 11; Landwehr-Bataillon Nr. 5; Batterien Nr. 291 und 293.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 219 enthält Liste Nr. 1 der aus Frankreich zurückgekehrten Austauschverwundeten, Liste Nr. 1 der aus England zurückgekehrten Austauschverwundeten und Liste Nr. 2 der aus Gefangenschaft zurückgekehrten Austauschverwundeten und sonstigen Heeresangehörigen; ferner meldet sie Verluste des 1., 2., 3., 4., 6., 7., 8., 9., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 23., 25. Infanterie-Regiments; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 2 (I. Armeekorps); Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 4, 5, 6, 7, 10, 13, 14, 15, 17, 20, 22, 23; Reserve-Jäger-Batl. Nr. 1; Reserve-Radfahrer-Komp. Nr. 8; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 8; Brigade-Ersatz-Batl. Nr. 5; Landsturm-Inf.-Batl., Augsburg I und Augsburg II; Landsturm-Inf.-Batl., Bamberg, Erlangen, Kissingen, Passau I. (Schluß folgt.)

Die sächsische Verlustliste Nr. 192 enthält Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 101, 139, 177, 181, 192; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 101, 242, 243, 244, 245; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 100, 102, 104, 106; Ersatz-Bataillone: Landwehr-Regiment Nr. 101, Regiment Nr. 351, Landwehr-Reg. Nr. 104, Reserve-Reg. Nr. 107; Fußart.-Reg. Nr. 12; Fernsprech-Abteilung 12, XII. Armeekorps.

Der Schluß der württembergischen Verlustliste Nr. 259 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Unterernährung in Berliner Irrenanstalten.

Am 22. November vorigen Jahres brachte der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Die städtische Irrenpflege im Kriegsjahr“ einen Bericht aus der Deputation für die städtische Irrenpflege, der sich mit den Kostsätzen im Etatsentwurf für das Jahr 1915 beschäftigte. Es wurde auf den auffallenden Unterschied in den steigenden Verpflegungssätzen des ersten und zweiten Tisches (für Aerzte und Oberpfleger) und den fallenden Verpflegungssätzen des dritten Tisches (für Personal und Kranke) während der drei Jahre 1911—1913 bei steigenden Lebensmittelpreisen hingewiesen. Es wurde bemerkt, daß der tägliche Verpflegungssatz für die Kranken in den drei Jahren von 77 Pf. auf 72 und 65 Pf. herabgegangen sei, daß bei der Ende vorigen Jahres bereits recht fühlbaren Knappheit und Preissteigerung der Lebensmittel, die im Laufe des Etatsjahres sicher noch zunehmen würde, es ausgeschlossen sei, mit dem alten Verpflegungssatz eine auch nur notdürftig ausreichende Ernährung der Kranken durchzuführen und deshalb ein Zuschlag von mindestens 20 Proz. zu diesem Verpflegungssatz notwendig sei.

Die Deputation stellte sich auf den sehr bequemen Standpunkt, daß es nicht Sache der einzelnen Deputationen sei, eine solche Erhöhung vorzunehmen, für deren Abmessung ihr zurzeit jede Unterlage fehle, sondern Sache des Magistrats, gegebenenfalls eine Erhöhung der Verpflegungssätze für alle städtischen Anstalten generell vorzuschlagen, d. h. es wurde die Verantwortung für die notwendigerweise eintretende Verschlechterung in der Krankenversorgung auf den Magistrat abgeschoben.

Der Antrag auf Erhöhung des Verpflegungssatzes wurde abgelehnt und den Direktionen der Anstalten anheimgestellt, wenn sie mit diesem Satz nicht auskämen, ihn zu überschreiten und die Mehrforderung zu stellen.

Der „Vorwärts“-Artikel schloß daran die Befürchtung, daß der Beschluß der Deputation ganz dazu angetan sei, zu einer noch weiteren Verschlechterung der ohnehin schon unzureichenden Ernährung unserer Anstaltsinsassen aufzufordern. Diese Befürchtung ist inzwischen — wie die Verhandlungen der Deputation in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien ergeben haben (nicht weniger als fünf Beratungsgegenstände der Tagesordnung beschäftigten sich mit Ernährungsfragen) — in erschreckendem Umfang eingetroffen: Kranke haben die Anstalt verlassen, weil sie es „vor Hunger nicht aushalten“ konnten; unter den Insassen herrscht nur eine Stimme der Unzufriedenheit mit dem Essen; fast täglich kommt es bei erregbaren Kranken zu heftigen Erregungszuständen, welche den Zweck der Anstaltsbehandlung, die psychisch Kranken vor allem zu beruhigen, gefährden, und — **Gewichtsabnahmen bis zu 5 Kilo und mehr** seit einem Jahr wurden bei den Kranken festgestellt; während sonst mehr oder weniger beträchtliche Gewichtszunahmen bei den oft in ganz heruntergekommenem Zustand Aufgenommenen die Regel bildeten und die ständige Begleiterscheinung der Besserung, wo nicht gar die Vorbedingung für die Genesung sind.

Der Direktor der Anstalt Buch hat in höchst dankenswerter Weise während der Monate Juli-August fortlaufend genaue Körperwägungen vorgenommen: von allen 17 Häusern ist kein einziges, das eine Zunahme zeigt. Bei Feststellung des Individualgewichtes zeigten in einem Monat von 822 Männern 321 eine Gewichtsabnahme über 1 Kilo, von 822 Frauen 211 eine ebensolche; vom 1. Februar ab hatten die Frauen 30 Gramm Brot weniger erhalten, die Männer (und das Personal) 100 Gramm weniger. Die Kartoffeln waren von sehr schlechter Qualität, Reis und Hülsenfrüchte fast gänzlich ausgefallen und durch minderwertige oder schwer verdauliche Ersatzpräparate ersetzt worden. Nachdem vom 1. August ab 36 Gramm Brot mehr pro Kopf gereicht wurde, hob sich das Körpergewicht bei einem Teil der Männer, während die Frauen weniger gute Resultate aufwiesen.

Die Deputation war nunmehr einstimmig der Ansicht, daß eine Erhöhung der Verpflegungssätze unbedingt eintreten müsse, und beschloß, in diesem Sinne und unter ausdrücklichem Hinweis auf diese statistischen Feststellungen und auf die ganz besonders niedrigen Verpflegungssätze in den städtischen Irrenanstalten — in Herzberge jetzt 57 Pfennig pro Tag und Kranken — in diesem Sinne beim Magistrat zu beantragen, das weitere zu veranlassen. Der Magistrat hat so wenig den im Vorjahr von der Deputation gehegten, resp. geäußerten Erwartungen entsprochen, daß er neuerdings sogar durch eine Verfügung die einzelnen Verwaltungen anwies, unter keinen Umständen die Etatssätze zu überschreiten.

Es wird darum energischer Schritte bedürfen, um hier Wandel zu schaffen. Es wird Sache unserer Parteivertreter in den städtischen Körperschaften sein, die Zurücknahme dieser Verfügung durchzusetzen, welche den ärztlichen Direktoren und den Oekonomieinspektoren die Hände bindet. Darüber hinaus aber müssen wir, nachdem die Unterernährung bei den Insassen unserer städtischen Irrenanstalten durch exakte wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt worden ist, verlangen, daß schleunigst eine Erhöhung des Verpflegungssatzes in den Irrenanstalten (die bei einer Erhöhung um 20 Proz. eine Steigerung des Etatsansatzes um 378 000 M. ausmachen würde) vorgenommen wird.

Es darf nicht länger vorkommen, daß die Aerzte unserer städtischen Anstalten bei ihren täglichen Visiten von allen Seiten zu hören bekommen: „Wir müssen hungern!“

Aus Groß-Berlin.

Der Branntwein- und Spiritusverkauf.

Die neue Polizeiverordnung über die Einschränkung des Branntwein- und Spiritusverkaufs hat in erster Linie in den Kreisen der Interessenten erhebliches Unbehagen verursacht; schneidet doch die Verordnung tief in das geschäftliche Leben ein und übt auch auf die Existenz zahlreicher geschäftlicher Unternehmungen einen tiefgehenden Einfluß aus.

Nach dem § 1 der Verordnung ist der Ausschank von Branntwein oder Spiritus in der Zeit von 9 Uhr abends bis 9 Uhr morgens verboten. Als Branntwein und Spiritus werden angesehen alle Flüssigkeiten, die durch Gärung oder Destillation aus Pflanzenstoffen gewonnen werden und aus Wasser und Alkohol bestehen, sowie die Flüssigkeiten, welche hieraus hergestellt und hieraus gemischt werden, insbesondere auch Liköre, Kognak, Grog usw.

Nach 9 Uhr darf also in Wirtschaften Kognak usw. nicht mehr getrunken werden. Auch im Hause ist das nicht mehr möglich, da nach dem Wortlaut der Verordnung auch Flaschen nicht mehr verkauft werden dürfen. Ob das die Absicht ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Als Kleinhandel gilt nämlich jeder Vertrieb, der anders als in Mengen von 17,175 Liter erfolgt. Soweit in Wirtschaften in der angegebenen Zeit Branntwein oder Spiritus ausgeschänkt wird, darf der Genuß nur an Ort und Stelle und nur gegen Barzahlung erfolgen.

Von dieser Bestimmung werden die sogenannten Likörstuben und die Bars, die nach 9 Uhr ihren größten Umsatz haben, in ihrer Lebensfähigkeit betroffen. Gänzlich verboten, also während des ganzen Tages, ist der Branntweinverkauf durch Automaten, in Wirtschaften mit weiblicher Bedienung (Kellnerinnen, Bardamen usw.) und an angetrunkene Personen. Ausgenommen ist der Kleinhandel mit vergälltem (also denaturiertem, zu Trinkzwecken unbrauchbar gemachten) Branntwein und die Abgabe von Branntwein zu Heilzwecken in Apotheken.

*

In der Geschäftswelt wird gegen diese neue Verordnung Stellung genommen. Es wird dargelegt, daß militärische Gründe kaum maßgebend sein könnten für die getroffene Maßnahme, da eine Spirituskappheit nicht vorhanden sei. Nach den inzwischen erfolgten Feststellungen der Spirituszentrale könne der Heeresbedarf reichlich gedeckt werden. Wir würden voraussichtlich in die neue Kampagne mit dem größten Spiritusbestand seit zehn Jahren eintreten. Während am 1. Oktober 1908 nur noch 48, an demselben Datum 1913 aber 50,4 Millionen Liter vorhanden waren, werden wir bei Eintritt in die neue Erzeugungszeit über 65 Millionen Liter Spiritus verfügen.

*

Protestaktion gegen die Beschränkung des Schnapsverkaufs.

Der Reichsverband deutscher Gastwirte hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen die Verordnung wendet, die den Schnapsverkauf einschränkt. Die Petenten führen gegenüber diesen Maßnahmen aus:

„Weder aus militärischen Gründen noch aus Gründen des Volkswohles sind solche Maßnahmen, wie das Alkoholverbot, notwendig. Sie stehen im scharfen Gegensatz zu dem hohen Grade von Tugend und Sittlichkeit unseres deutschen Volkes, der sich nicht nur in ernster Schlacht offenbart, sondern auch daheim in dem Drange zum Durchhalten und zur Mithilfe, nicht zum wenigsten in der Zeichnung der Kriegsanleihen, selbst in den niedrigsten Schichten. Unser deutsches Volk verdient nicht die aus solchen Maßnahmen sprechende sittliche Herabsetzung und bedarf nicht solcher Polizeimittel und Erziehungsmethoden. Es hat in dem gegenwärtigen Völkerringen viel zu große Beweise für seine innere Gesittung, Tüchtigkeit und Kraft erbracht, um noch von solchen Maßnahmen getroffen zu werden. Der Hang zum Wohlleben und zum Trunk ist unter dem Einfluß der Teuerung und der Knappheit der Einkommen nie mehr zurückgetreten, als im gegenwärtigen Kriege. Deshalb ist für obige, wirtschaftlich so einschneidende Verordnung kein Grund vorhanden. Diese Verordnungen können nur verstanden werden aus dem Gesichtspunkte einer übertreibenden Abstinenzbewegung, die für ihre Sache profitieren will.“

*

Soweit die Konsumenten in Frage kommen, so ist unbestritten, daß der Branntweingenuß in Berlin herabgegangen ist. Er wird weiter herabgehen, wenn der breiten Masse gutes Bier oder andere, alkoholfreie Getränke zur Verfügung stehen, obwohl in heutiger Zeit infolge der Teuerung der notwendigen Lebensmittel auch der Biergenuß erheblich eingeschränkt ist. So sehr im allgemeinen der Rückgang des Alkoholverbrauchs zu begrüßen ist, so wenig sind Zwangsmaßnahmen geeignet, das auch von uns erstrebte Ziel der Einschränkung des Schnapsgenusses zu erreichen. Die wirtschaftliche Hebung drr Arbeiterklasse, die Erziehung zu geistigen Genüssen, die Teilnahme am Kulturleben sind die Mittel zur Eindämmung des Schnapsgenusses.

Wem kommt die Mietebeihilfe zu?

Dem Kriegsteilnehmer und seiner Familie die Wohnung zu erhalten und ihn vor Anhäufung von Mietesschulden zu bewahren, ist der Zweck der aus Gemeindemitteln bewilligten Mietebeihilfe. Manche Gemeinden ersparen sich die Hergabe einer Beihilfe dadurch, daß sie in geeignet erscheinenden Fällen einen Teil der Familienunterstützung einbehalten und ihn an den Hauswirt als Mietebeitrag zahlen. In Charlottenburg, wo man dieses Verfahren gleichfalls übt, ist in einem solchen Fall aus ungewöhnlichem Anlaß eine Meinungsverschiedenheit darüber entstanden, wem das einbehaltene Geld zukommt. Ein Arbeiter, der seit dem vorigen Jahr verwittwet war, aber seine Wohnung (in der Gardeducorpsstraße) behalten hatte, schloß in diesem Jahre eine neue Ehe und zwar durch Kriegstrauung bei seiner Einberufung zum Heeresdienst. Die junge Kriegerfrau erhielt die übliche Familienunterstützung, doch wurde ihr, weil noch der Arbeitgeber des Mannes eine Beihilfe gab, ein Teil der Unterstützung abgezogen und als Mietebeitrag für den Wirt verwendet. Das ging so einige Monate, bis es der Frau einfiel, die Wohnung ihres Ehemannes im Stich zu lassen und sich anderswo Quartier zu suchen. Die Folge davon war, daß nun nicht mehr aus der Familienunterstützung der Frau dem Hauswirt des Mannes der bisherige Mietebeitrag gezahlt wurde, vermutlich deshalb nicht, weil die Frau jetzt für ihre eigene Wohnung einen Teil ihrer Unterstützung zugunsten ihres jetzigen Hauswirtes abziehen lassen muß. Wenn man es überhaupt billigen will, daß einer Kriegerfrau die Familienunterstützung um einen Mietebeitrag gekürzt wird, so wird man es allerdings für richtig halten müssen, daß dieses Geld nur für die Wohnung der Frau zu verwenden ist. Die Familienunterstützung kommt nicht dem Kriegsteilnehmer, sondern seiner Familie zu, mithin kann auch der einbehaltene Betrag, wenn die Frau eine eigene Wohnung nimmt, nicht dem Hauswirt des Mannes überwiesen werden. Der Mann wurde bis zu seiner Einberufung von dem Hauswirt als ein stets pünktlicher Mietezahler geschätzt; aber unter den hier geschilderten eigenartigen Umständen wird ihm eine Weiterzahlung wohl nicht möglich sein, da ja aus einer Soldatenlöhnung keine Miete abfallen kann. Nach Lage der Sache wird nur übrig bleiben, daß die Gemeinde nun dem „eheverlassenen“ Manne eine wirkliche Mietebeihilfe bewilligt, die dann nur für seine Wohnung zu verwenden wäre.

Zum Verkauf des Gefrierfleisches und der Fettwaren.

In den städtischen Verkaufsstellen der Markthallen für Gefrierfleisch und Fettwaren findet von jetzt ab Sonnabends nur ein Verkauf von Gefrierschweinefleisch statt. Speck, Schinken und Schmalzfett darf an diesem Tage an das Publikum nicht abgegeben werden. Der tägliche Gefrierfleischverkauf steht allen Berliner Bevölkerungskreisen offen, jedoch ist die Vorlegung einer Ausweiskarte erforderlich, welche kostenlos von der zuständigen Brotkommission ausgestellt wird.

Die Kriegerfrau auf der Wohnungssuche.

Die Klagen von Kriegerfrauen, daß Hauswirte und Hausverwalter ihnen keine Wohnung vermieten wollen, hören nicht auf. Erfahrungen dieser Art, die manche Kriegerfrau bei der Wohnungssuche machen mußte, wurden bereits früher im „Vorwärts“ mitgeteilt. Sehr bitter äußert sich in einer uns jetzt wieder vorgetragenen Klage eine Kriegerfrau, die seit Anfang September auf der Wohnungssuche ist und immer aufs neue zu hören bekommt, daß man Kriegerfrauen nicht ins Haus hineinnehmen will. Verzweifelt fragt sie, wo sie da mit ihren vier Kindern bleiben soll, ob sie vielleicht schließlich mit ihnen wird ins Obdach gehen müssen. Auch von einer Hauswirtin, die selber Söhne im Felde hat, wurde die Frau abgewiesen mit dem Bescheid, daß an Kriegerfrauen nicht vermietet werde. Von einer anderen Hauswirtin erhielt sie auf ihre Angabe, daß ihr Mann in Rußland sei, die kalte Antwort: „Dann ziehen Sie nach Rußland!“ Entweder liegt dieser Aeußerung ein Mißverständnis zu grunde, oder wir haben sie uns aus einer besonderen Liebloſigkeit und Roheit zu erklären. Die Kriegerfrau fühlte sich dadurch um so schmerzlicher berührt, weil ihr Mann bereits seit Dezember vorigen Jahres als vermißt gilt und in Rußland im Wasser umgekommen sein soll. Die Abneigung der Hauswirte gegen Kriegerfrauen ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß sie fürchten, zum Zweck der Erlangung einer Mietebeihilfe sich zu einer Mieteermäßigung herbeilassen zu müssen. Mehren sich die Fälle von Erschwerung der Wohnungssuche für Kriegerfrauen, so wird die Frage zu erwägen sein, ob nicht die Stadt einen Wohnungsnachweis für Kriegerfrauen einrichten soll. In Einzelfällen würde Abhilfe auch dadurch geschaffen werden können, daß den Kriegerfrauen unvermietete Wohnungen in den der Stadt gehörenden Wohnhäusern angeboten werden. Wir setzen als selbstverständlich voraus, daß der Magistrat es als eine Schmach empfinden würde, wenn man Kriegerfrauen dem Obdach zuweisen wollte.

Die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt.

Nachdem die vier Fachausschüsse, die der Berliner Magistrat zur Kontrolle der Preise und zum Schutze des Publikums gegen Ueberteuerung eingesetzt hat, ihre Arbeit bereits begonnen haben, trat gestern der Zentralausschuß, dem auch Vertreter der fünf Nachbarstädte angehören, zu seiner ersten Sitzung zusammen, um für den weiteren Ausbau der Einrichtung die Richtlinien aufzustellen. Es herrschte Uebereinstimmung dahin, daß sich das Hauptbestreben auf die Erfassung der preisgestaltenden Momente und die Bekämpfung anormaler Preise zu richten habe. Andererseits wurde aber auch betont, daß es den Organen einer einzelnen Gemeinde unmöglich sei, alle Faktoren der Preisbildung zu beherrschen und zu beeinflussen. Die Lebensmittel entstammen unmittelbar oder mittelbar dem ländlichen Grund und Boden, und die Hauptaufgabe einer durch den Krieg beschränkten oder gar isolierten Volkswirtschaft wird immer in dem Bestreben liegen, daß die wichtigsten Nahrungsmittel der gesamtdeutschen Bevölkerung in möglichst gleichmäßiger Verteilung zur Verfügung gestellt werden. Nur die zentrale Reichsstelle kann dies bewirken, nur sie kann die Produktionsbedingungen übersehen und regeln. Für die einzelne Gemeinde liegt die Beschränkung darin, daß sie die Ware erst von dem Eintritt in ihr Gebiet an erfassen und die Preisbildung von da ab kontrollieren und beeinflussen kann. Der Zentralausschuß stellte die Grundsätze fest, nach denen die Fachausschüsse diese Kontrolle vorzunehmen hätten. Insbesondere bedarf es hierzu eines weiteren Ausbaus der Einrichtung durch Eingliederung örtlicher Organe, für die in Berlin bekanntlich die Brotkommissionen in Aussicht genommen sind. Es werden diese Organe in lebhafter Wechselwirkung mit den Zentralstellen das von ihnen gesammelte Material den Fachausschüssen zugänglich zu machen haben, während sie wieder von den Fachausschüssen laufende Mitteilungen über die von diesen für angemessen erkannten Preise erhalten, so daß die lokalen Organe an der Hand dieser Informationen eine wirksame Kontrolle der Kleinhandelspreise ausüben können. Im Zentralausschuß trat auch der Wunsch hervor, daß die Gesetzgebung den beteiligten Ausschüssen die zuverlässige Feststellung der Preise in den verschiedenen Gewerbezweigen durch Einführung einer Deklarationspflicht ermögliche. Dagegen warnte man vor der Einführung lokaler Höchstpreise, die, wie auch die Erfahrung gelehrt habe, bedenkliche Folgen zeitigen und die durch eine Kontrolltätigkeit viel wirksamer ersetzt werden könnten.

Speicherbrand.

Großfeuer kam Mittwoch abend um 11½ Uhr auf dem Gelände des alten Hamburger Bahnhofes an der Heidestr. 20/22 aus unbekannter Ursache in dem dortigen Versuchskornhaus zum Ausbruch. Als die Berliner Feuerwehr an der weithin sichtbaren Brandstelle erschien, stand der westliche Teil des fünfstöckigen in zwei gleichen Hälften erbauten Speichers in hellen Flammen. Zum Glück lagerten in dem Speicher nur geringe Vorräte von Mais und Kleesamen usw. Etwa 30 Meter des 60 Meter langen Speichers konnten von der Feuerwehr wirksam geschützt werden. Der andere Teil ist ausgebrannt. Das Kornhaus ist vor etlichen Jahren am Schiffahrtskanal gegenüber dem Garnisonfriedhof in der Scharnhorststraße erbaut und mit modernen Einrichtungen, Elevatoren usw. versehen. Um 4 Uhr nachts war die Macht des Feuers gebrochen und konnte das Gros der Wehr wieder abrücken.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, SO, Adalbertstraße 41, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist im Monat August von 6154 Personen besucht worden. In der Ausleihbibliothek wurden 3416 Bände unterhaltende und belehrende Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 536 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 5½—10 Uhr abends, Sonntags von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Die kaufmännischen Schulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin eröffnen ihr Winterhalbjahr am 7. Oktober. Anmeldungen für die verschiedenen Abteilungen der kaufmännischen Schulen (Abendschulen) für männliche Angestellte, den Höheren Handelskursus für junge Kaufleute, welche die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Dienst besitzen, für die sechs Tagesfachschulen für die obligatorischen Schüler, welche vom städtischen Pflichtschulbesuch befreit sind, für die Fachschule für Lehrlinge des Versicherungsgewerbes, für die drei Handelsmädchenschulen, welche vom dreijährigen Besuch der städtischen Mädchenpflichtschule befreien, für die Selekten der Handelsmädchenschulen und für die Fachklassen für Mädchen, die vom Besuch der städtischen Mädchenpflichtschulen befreien, werden in den Schulen während des Unterrichts entgegen genommen. Auskunft wird erteilt im Bureau der kaufmännischen Schulen, Burgstraße 25 II, von 9 bis 3 Uhr.

Kleine Nachrichten. Bei der Ausübung seines Berufes vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag der 64 Jahre alte Händler Emil Grüning aus der Franzstraße 12, der einen Obsthandel im Umherfahren betrieb. Als er in der vierten Stunde seinen vierrädrigen Handwagen die Müllerstraße entlang zog, fiel er am Treffpunkt der Gericht- und Triftstraße plötzlich um. Leute, die dazu kamen, nahmen sich seiner an und betteten ihn vorläufig auf den nächsten Hausflur. Nach ärztlichem Gutachten hat ihn der Herzschlag getroffen. — Ein Zusammenstoß auf der Straßenbahn ereignete sich gestern morgen um 8½ Uhr in der Neuen Königstraße, in der Nähe des Alexanderplatzes. Ein zweispänniger, mit einigen Kisten beladener Rollwagen, der vom Alexanderplatz herkam, wollte nach links über die Gleise hinüber in den Torweg des Hauses Neue Königstraße 32 einfahren. Da kam vom Königstor her ein Straßenbahnwagen der Linie 59 und fuhr ihm mit voller Kraft in die Flanke. Eines der Pferde, das wohl 15 Meter

weit mitgeschleift wurde, verendete auf der Stelle, das andere kam merkwürdigerweise ohne Schaden davon. Dem Straßenbahnwagen, der auch den Rollwagen selbst traf, wurde die ganze Plattform eingedrückt. Zum Glück wurde kein Mensch verletzt. — Den Tod im Wasser fand in der vergangenen Nacht eine unbekannte Frau, die in der Nähe der Freiarchenbrücke am Gartenufer im Tiergarten in den Landwehrkanal sprang. Die Unbekannte ging eine Zeitlang erregt auf und ab. Als sie wahrnahm, daß ihr Gebaren einigen Leuten, die vorbeikamen, auffiel, sprang sie plötzlich in den Kanal, ging sofort unter und ertrank. Ihre Leiche ist noch nicht gelandet. Eine genauere Beschreibung der Selbstmörderin fehlt. — An der Ecke der Schönhauser Allee und der Weißenburger Straße fuhr am Mittwoch abend gegen 11 Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 46 (Richtung Nordkapstraße) gegen die Vorderplattform des die Kreuzung passierenden Triebwagens 3010 der Linie 53 (Richtung Neukölln). Bei dem Anprall wurden an dem Wagen der Linie 46 die Stirnwandscheiben zertrümmert, und drei Fahrgäste erlitten durch umherfliegende Glasscherben Schnittwunden im Gesicht. Die Verletzten erhielten auf der nächsten Unfallstation ärztliche Hilfe und begaben sich von dort nach ihren Wohnungen. — Beim Besteigen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist die 23jährige Erna Herfert schwer verunglückt. Sie wollte gegen 3/4 8 Uhr vormittags in der Berliner Straße in Neukölln auf den Triebwagen eines in der Richtung nach Berlin verkehrenden Straßenbahnzuges der Linie 48 aufspringen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem linken Fuß unter den Beiwagen. Der Bedauernswerten wurde der Fuß über dem Knöchel glatt abgetrennt. Die Verunglückte wurde nach dem Neuköllner Krankenhause in Buckow gebracht.

Aus den Gemeinden.

Der Mehlkommissionär der Stadt Charlottenburg.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich am Mittwoch u. a. mit der Verstärkung der Mittel für Schulkinderspeisung, da es bei der allgemeinen Steigerung der Preise für Lebensmittel unmöglich ist, den seit Jahren gezahlten Verpflegungssatz von 16 Pf. für die Person aufrechtzuerhalten. Dazu kommt, daß neben der Steigerung der Preise auch eine Steigerung des Verbrauchs für das einzelne Kind festzustellen ist. Während bisher mit durchschnittlich 500 Gramm Essen für jedes Kind gerechnet wurde, werden jetzt durchschnittlich über 700 Gramm verzehrt. Der Magistrat führt den Mehrverbrauch mit Recht auf die allgemeinen knappen häuslichen Verhältnisse der für die Schulspeisung in Betracht kommenden Kinder zurück. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte die Mehrkosten in Höhe von 11 300 M. Weiter nahm die Versammlung in zustimmendem Sinne Kenntnis von der von uns bereits mitgeteilten Erhöhung der Sätze für die Unterstützung von Kriegerfamilien und für Mietsbeihilfen. Die erhöhten Sätze treten am 1. Oktober in Kraft. — Die Erfahrung hat gelehrt, daß die für die im Kriegsdienst befindlichen städtischen Privatdienstverpflichteten und Stadtarbeiter festgesetzten Bezüge in manchen Fällen hinter dem für die sonstigen Kriegerfamilien festgesetzten Normalunterstützungen zuzüglich der Mietsbeihilfen zurückbleiben. Infolgedessen ermächtigte die Versammlung den Magistrat, die Unterstützungen mindestens bis zur Erreichung dieser Beträge zu erhöhen und in geeigneten Fällen daneben Sonderunterstützungen zu gewähren. Genosse Will befürwortete bei dieser Gelegenheit angesichts der Teuerung eine baldige Aufbesserung der Gehälter und Löhne für die Privatdienstverpflichteten und die städtischen Arbeiter.

Der versuchsweisen Uebertragung der ärztlichen Behandlung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern an diejenigen Aerzte, die sich dazu vertraglich bereit erklärt haben, wurde zugestimmt.

Für die Testamentsvollstreckung des Blanckschen Nachlasses bewilligte die Versammlung dem zum Testamentsvollstrecker ernannten Bürgermeister Dr. Maier die Summe von 1500 M. Aus grundsätzlichen Erwägungen hat der Bürgermeister auf das Honorar nicht verzichtet, es aber in vollem Umfange für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt und zwar 1000 M. für den Kriegshilfsverein Charlottenburg für Soldau, und je 250 M. für die Nationalstiftung für Kriegshinterbliebene und für die Pensionskassen des Deutschen Opernhauses.

Eine interessante Debatte entfesselte die Mitteilung des Magistrats betr. Aenderung der Mehlverteilung zu Beginn des Erntejahres 1915. Bisher hatte der Magistrat einen besonderen städtischen Mehlkommissionär angestellt, der für jeden Sack Mehl, den er verteilte, 50 Pf. erhalten hat. Sein Verdienst belief sich in fünf Monaten auf 27 000 M. Jetzt soll diese Summe gespart werden. Der Mehlsachverständige hat das Mehl nicht mehr zu verteilen, sondern nur noch zu prüfen, und diese Arbeit wird ehrenamtlich verrichtet, allerdings nicht von dem bisherigen Kommissionär, dem sogar der ihm hierfür angebotene Betrag von monatlich 500 M. zu gering war. Genosse Katzenstein übte scharfe Kritik an dem bisherigen Vorgehen des Magistrats sowohl als auch an dem Verhalten des Kommissionärs. Der Bürgermeister suchte den Standpunkt des Magistrats zu rechtfertigen, aber überzeugt dürfte er wohl niemanden haben. Genosse Katzenstein erklärte sich denn auch durch seine Ausführungen nicht für befriedigt, sondern betonte am Schluß, daß seine Freunde es grundsätzlich bekämpfen müßten, derartige öffentliche Aufgaben in einem privaten Vertragsverhältnis erledigen zu lassen.

Erweiterungsbau der Kinderabteilung des Charlottenburger Bürgerhauses.

Da die im städtischen Bürgerhause in Charlottenburg vorhandene Kinderabteilung, die zur Aufnahme von 40 Kindern Raum bietet, dem Bedürfnis nicht mehr genügt, ist ein allen Anforderungen moderner Hygiene entsprechender Erweiterungsbau errichtet worden, der mit der Quarantäne- und Krankenstation bequem 100 Kindern Platz gewährt. Der Neubau soll mit einer dem derzeitigen Bedürfnis entsprechenden Belegung von 80 Kindern am 1. Oktober d. J. in Benutzung genommen werden.

Aus aller Welt.

Tiefer hängen.

Eine nachgerade die einfachsten Grenzen jeden Anstandes überschreitende Bekanntmachung erläßt der Förster Claus von der Rittergutsverwaltung Prießnitz bei Borna in Nr. 205 des „Bornaer Tageblatts". Hier ist sie:

Bekanntmachung.

Alles Herumstrolchen nach Pilzen in der Rittergutswaldung zu Prießnitz hat vom 1. September an in Rücksicht auf den Jagdschutz aufgehört. Zuwiderhandelnde werden sofort angezeigt.

Prießnitz, den 1. September 1915.

Förster Claus.

Nach der Meinung dieses Försters Claus strolchen also Personen, die nach Pilzen suchen, herum und lediglich die Lust am Herumstrolchen ist es, die sie nach Pilzen suchen läßt. So muß man wenigstens annehmen, wenn man diese rittergutsförsterliche Bekanntmachung liest. Daß unter den Pilzsuchern viele sind, die infolge der oft unerschwinglichen Lebensmittelpreise sich gern einige Groschen mit Sammeln von Pilzen verdienen oder sie selbst zu Hause zu einem billigen Gericht zubereiten, dürfte doch wohl auch dem Förster Claus bekannt sein, und dieser Umstand allein, hätte man meinen sollen, hätte ihn abhalten sollen, eine solche Bekanntmachung zu erlassen.

Eine eigenartige Hindenburg-Ehrung.

Man schreibt uns aus St. Gallen: „Der ostschweizerische Zuchtstiermarkt, der vom 4. bis 6. September in Rapperswil stattfand und schon wochenlang vorher den Gesprächsstoff vieler wackerer Eidgenossen bildete, war reich beschickt mit Hunderten von prächtigen Ochsen, die laut Katalog gut schweizerische Namen wie „Tell", „Melchthal" und „Winkelried" aufwiesen und von prachtvollem Rindvieh abstammten, das, wie die Stammtafeln besagten, wieder schöne helvetische Namen getragen hatte. — Begeistert von den Siegen des großen deutschen Feldherrn, hatte diesmal ein biederer Appenzeller seinen ganz hervorragenden Zuchtstier, dem eine erklecklich Anzahl stämmiger Kälber das Dasein verdankt, den Namen „Hindenburg" zwischen die Hörner gehängt. Und siehe: selbst im neutralen Helvetien wirkte dieser deutsche Name siegreich: Der Zuchtstier Hindenburg bekam auf der Rindviehausstellung in Rapperswil den ersten Preis!"

Wenn der Stier also nicht um seiner Qualität willen, sondern wegen seines Namens prämiiert worden ist, dann hätte hier wieder einmal eine Geschmacklosigkeit den Sieg davongetragen. Der berühmte Feldherr wird aber wohl seine eigenen Gedanken über solcherlei Ehrungen haben.

Ausgebrochene Wölfe. Im Münchener Zoologischen Garten brachen am Mittwoch zwei Wölfe aus, als der Wärter den Käfig reinigte. Bei dem Versuch, sie wieder einzufangen, wurden der Wärter und ein ihm zu Hilfe eilender Soldat von dem einen Tier durch Bißwunden verletzt. Nach langem Kampf wurde der Wolf von anderen hinzugeeilten Personen erschossen. Der andere Wolf konnte, ohne daß auch er noch Unheil anrichten konnte, bald wieder eingefangen werden. Der Wärter ist so schwer verletzt worden, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Tragisches Ende eines Familienzwistes. In der Ortschaft Ettelbrück (Luxemburg) entstand ein Streit zwischen dem Waffenhändler Baltes und dessen Schwager Brueck wegen langjähriger Familienzwistigkeiten. Baltes ergriff ein geladenes Gewehr und feuerte auf Brueck. Im letzten Augenblick eilte die 16jährige Tochter des Brueck herbei und warf sich zwischen die Streitenden. Sie wurde von der Kugel tödlich getroffen. Baltes flüchtete nach der Tat und vergiftete sich.

Todessturz eines Fliegers. Aus Münster i. W. wird gemeldet: Der Flieger Knubel ist Mittwochnachmittag mit seinem selbsterbauten Flugzeuge aus großer Höhe abgestürzt. Er war sofort tot.

Neue Erdrutsche im Panamakanal. Die „Basler Nachrichten" melden aus London: Eine Depesche von Colon an den Lloyd meldet, daß die Erdrutsche im Panamakanal fortdauern. 18 Schiffe können infolgedessen ihre Fahrt im Kanal nicht fortsetzen.

Parteiveranstaltungen.

Schönow. Sonnabend, den 11. d. Mts., abends 8½ Uhr, findet bei Damerow Zahlabend statt. Zahlreiches Erscheinen ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.) Hamburg. Filiale Baumschulenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 11. September, abends von 8½—10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Elsenstraße 101, Ecke Kietzholzstraße, kassiert wird.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde".
Ortsgruppe Neukölln:
Sonntag, den 12. September: Oberspreewald-Wanderung. Abfahrt 6,55 Uhr morgens vom Görlitzer Bahnhof bis Lübben. (Nicht bis Lübbenau.)

Arbeiter-Turnverein Weißensee. Da am letzten Sonntag wegen der ungünstigen Witterung die angesagten Wettkämpfe gegen „Freie Turnerschaft Rummelsburg" ausgefallen sind, so finden dieselben am Sonntag, den 12. September, in Weißensee, Falkenberger Str. 152, statt. Anfang 3 Uhr nachmittags.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

K. P. 21. Ja. — **A. K. Lichtenberg.** Ja. — **B. G. 7.** Sie können nochmals gemustert werden. — **Gerda 174.** Ja. — **W. S. 7.** Herzkrank; landsturmpflichtig. — **E. 100.** Ja, wenn der Ehemann nicht aktiv dient. — **J. W. 1.** Wenn Sie Mietsschulden haben, kann der Wirt bei Ihrem Auszug die Sachen einbehalten. — **Sch. 62.** 1. Die Nummern haben keine besondere Bedeutung. 2. Ja. — **B. S. 20.** Ja. — **J. H. 1112.** 1. Soweit der Arbeitsverdienst jährlich 2000 M. übersteigt, kann er gepfändet werden. 2. In 30 Jahren. — **H. O. 20.** Der Antrag ist beim Ersatzbataillon des Regiments, von dem Ihr Mann eingezogen wurde, zu stellen. — **M. K. 5.** Sie müssen die Gegenstände bis zu einem von der Gemeindebehörde noch bekanntzugebenden Termin anmelden. — **Gröba 93.** Ja. — **G. F. 300.** 32 Pfennige die Woche. — **E. L. 16.** Nach Ihren Angaben scheinen Sie für dienstuntauglich erklärt zu sein. — **E. L. 21.** Ja. — **Friedenau 790.** Eine Nachmusterung kann erfolgen. — **A. D. 16.** Der Antrag auf Auszahlung der Löhnung ist an das Ersatzbataillon des Regiments, in dem Ihr Mann gestanden hat, zu richten. — **G. L. 39.** Sie müssen Ihrer Frau eine Vollmacht zur Abhebung der Unfallrente ausstellen. — **A. K. 1882.** Sie sind noch nicht ausgemustert und können also nochmals gemustert werden. Die Zeichen bedeuten: lungenkrank, dienstuntauglich. — **Kupfer.** Die Gegenstände müssen zu einem von der Gemeindebehörde noch festzusetzenden Termin angemeldet werden. — **M. P. N. 300.** Die Ziffer wird sich auf die Vorstellungsliste beziehen. Sie können nochmals gemustert werden. — **A. B. C. 45.** Eine Nachmusterung kann erfolgen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Zeitweise nebelig, sonst vielfach heiter und trocken. Nur im Nordosten etwas stärker bewölkt. Um Mittag mäßig warm. Nachts sehr kühl.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Landsberger Viertel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Elisabeth Ohm
geb. Strehlow
Petersburger Straße 47,

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. September, nachmittags von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Paul Plessow

am 5. September d. J. in Spandau als Pionier-Unteroffizier an Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung hat schon stattgefunden.

Ehre seinem Andenken!

197/2 **Der Vorstand.**

Fern von seinen Lieben starb als zweites Opfer des Weltkrieges in drei Monaten bei einem Sturmangriff am 29. August durch Brustschuß unser lieber Sohn, der Tischler

Gustav Schulz

im Alter von 25 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Familie Schulz,
Posener Straße 18. 78A
Magarete Schulz, Ehefrau.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abt. Bez. 502.

Am Montag, den 6. September, verstarb unser Genosse, der Glasschleifer

Waldemar Kleinert
Rheinsberger Str. 36.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. September, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

7. Abt. Bez. 577.

Ferner verstarb am Mittwoch, den 8. September, unser Genosse, der Schankwirt

Richard Heinke
Kopenhagener Str. 67.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. September, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

8. Abt. Bez. 501.

Ferner verstarb am Dienstag, den 7. September, unser Genosse der Glaspolierer

Hermann Teichert
Ramlerstr. 6.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
227/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

Elise Kamke
Scharnweberstraße 55,
Bezirk 268,

am 7. September verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Marzahn aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
13/19 **Die Bezirksleitung.**
Abfahrt 3.40 Uhr vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Nachruf.

Fern von den Seinen starb in russischer Gefangenschaft in Sibirien im Alter von 34 Jahren unser lieber Kollege, der Dreher 55A

Reinhold Göthe.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Abteilung Arend, Stock Motorpflug.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, den Mitgliedern des Wahlvereins und des Deutschen Holzarbeiterverbandes, sowie Herrn Waldeck Manasse für seine erhebenden Worte am Sarge des Entschlafenen meinen innigsten Dank.

Frau Alwine Rüdiger,
2380b Gleditschstr. 36.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Wilhelm Kutz

von der Firma A. E. G., Brunnenstraße, am 7. September im Alter von 52 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Friedens-Gemeinde, Nordend, aus statt.

67/2 **Die Bezirksverwaltung.**

Fern von seinen Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges am 21. Juli durch Kopfschuß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, der Musketier

Georg Grabusch
Inf.-Reg. Nr. 46

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau **Auguste Grabusch**
geb. Engel.
Willi Grabusch.
Anna Grabusch.
Bruno Grabusch,
z. Z. im Felde. 60A

Die Gräber, die nicht Kranz noch Denkmal tragen,
Die einsam und verlassen liegen ganz allein.
Die schließen oft mit allen ihren Klagen
Das beste Herz, den größten Dulder ein.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 78A

Frau Auguste Horlitz.

Hiermit allen Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Onkel, der Maurer

Wilhelm Wendland,
Elsasser Straße 22,

am 9. September sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bittet die trauernde Witwe
Wilhelmine Wendland.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle der Gemeinde Golgatha auf dem Friedhof in der Barfusstraße statt. 84A

Statt Karten!

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Anna Neupert
als Tochter,
Paul Müller,
Gustav Neupert
und Frau.

Die Beerdigung findet Sonnabend mittags 1 Uhr von der Leichenhalle des Dankesfriedhofes aus statt. 38A

Als Opfer des Weltkrieges starb am 23. August infolge seiner schweren Verwundung im Lazarett mein inniggeliebter Mann, Vater meines einzigen Töchterchens, unser unvergeßlicher Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Landsturmmann

Ernst Herrmann
Res.-Inf.-Reg. Nr. 24. 12. Komp.

Die trauernde Witwe
Charlotte Herrmann geb. Freigang.
Familie **Friedrich Herrmann**
als Eltern.
Familie **G. Behrens**
als Schwiegereltern. 30A

Nowawes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgange unserer geliebten Tochter **Frida** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Familie **Gustav Adam.**

Soldaten-Sprachführer

Deutsch-Französisch
Deutsch-Polnisch
das Stück zu 15 Pf.
Deutsch-Italienisch
Deutsch-Englisch
Deutsch-Russisch
das Stück zu 20 Pf.
Porto je 3 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Wieder eröffnet!
Konsum-Fleischerei!
Aus täglich frischer Schlachtung:
Das so schnell beliebt gewordene
unausgepolkte
Rinderrippenfleisch / Rinderknochenfleisch Pfd. **45** Pf.
Krause Knochen Pfd. **25** Pf.
Zentralmarkthalle: Reihe 11, Stand 108
Andreashalle: Stand 16.
Weddinghalle: Stand 12. 233/1
Ackerhalle: Stand 8.
Jeder nehme die Gelegenheit wahr!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.